

## Dokumente zur Deutschlandpolitik

Herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen

### III. Reihe/Band 1

#### 5. Mai bis 31. Dezember 1955

Bearbeitet von Ernst Deuerlein unter Mitwirkung von Hansjürgen Schierbaum

Frankfurt/Main: Alfred Metzner 1961. LXXI. 883 S. (vergriffen)

#### Zum Inhalt:

Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO; Aufnahme der DDR in die Warschauer-Pakt-Organisation; Gipfelkonferenz in Genf: letzte Vier-Mächte-Erklärung über Deutschland; Reise Adenauers nach Moskau; Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR; Entstehung der „Hallstein-Doktrin“; Unterbrechung eines Vertrages über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR.

#### Verzeichnis der Dokumente

05. 05. 1955	Proklamation der Alliierten Hohen Kommission über die Beendigung des Besatzungsstatuts Unter Bezugnahme auf den „Deutschlandvertrag“ vom 26. Mai 1952 und auf das „Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes“ vom 23. Oktober 1954 erklären die Hohen Kommissare das Besatzungsstatut für aufgehoben, die Alliierte Hohe Kommission und die Dienststellen der Landeskommissare für aufgelöst. Englischer, französischer und deutscher Wortlaut der Proklamation.	3
05. 05. 1955	Schreiben der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin an den Regierenden Bürgermeister Der Vorsitzende der Alliierten Kommandantur teilt dem Regierenden Bürgermeister mit, daß in Bezug auf Berlin die Botschafter der drei Mächte der Bundesrepublik Deutschland alle Rechte, Verantwortlichkeiten und Hoheitsrechte der Hohen Kommissare beibehalten.	5
05. 05. 1955	Erklärung der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin über die Stellung West-Berlins nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge Die Alliierte Kommandantur legt in einer Erklärung die Grundsätze ihrer Beziehungen zu der Stadt Berlin fest und hebt die vorher gültige Erklärung in der abgeänderten Feststellung vom 7. März 1951 auf.	6
05. 05. 1955	Proklamation der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Tag der Souveränität Die Bundesregierung versichert ihre Verbundenheit mit den Deutschen, die getrennt in Unfreiheit und Rechtlosigkeit sowie in Kriegsgefangenschaft zu leben gezwungen sind und bezeichnet es als ihr Ziel, ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa zu schaffen.	9
05. 05. 1955	Mitteilung des Bundeskanzlers Adenauer an den Präsidenten des Deutschen Bundestages Bundeskanzler Adenauer teilt die Beendigung des Besatzungsregimes mit: Die Bundesrepublik Deutschland ist souverän.	10
05. 05. 1955	Erklärung des Präsidenten des Deutschen Bundestages, D. Dr. Gerstenmaier, zur Beendigung des Besatzungsregimes Im Anschluß an die Mitteilung des Bundeskanzlers und die Erklärungen der Fraktionen hebt der Bundestagspräsident die vermehrte Verantwortung der Volksvertretung hervor, erinnert an die in Unfreiheit lebenden Deutschen und bekennt sich zu Weltfrieden und Völkerversöhnung.	11
05. 05. 1955	Ansprache des Bundeskanzlers Adenauer im Sender Freies Berlin Bundeskanzler Adenauer erläutert die geschichtliche und politische Bedeutung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, die der Staat für alle Deutschen ist.	12
06. 05. 1955	Mitteilung des Bundeskanzlers Adenauer an den Präsidenten des Deutschen Bundesrates Bundeskanzler Adenauer gibt die Beendigung des Besatzungsregimes bekannt.	14
06. 05. 1955	Erklärung des Präsidenten des Deutschen Bundesrates, Altmeier, zur Beendigung des Besatzungsregimes Bundesratspräsident Altmeier unterstreicht die Rolle der Länder bei der Aufwärtsentwicklung nach dem Zusammenbruch und weist auf die Verpflichtung zur Vollendung der Einheit Deutschlands hin.	14
07. 05. 1955	Aus der Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl auf dem Staatsakt anläßlich des „10. Befreiungstages“ Ministerpräsident Grotewohl feiert den Tag der Kapitulation als „Tag der Befreiung“ und Tag des Bekenntnisses der Freundschaft zur Sowjetunion. Er appelliert an die Arbeiterklasse Westdeutschlands, die Aktionseinheit aller Arbeiter herzustellen und sich um die „DDR“ zusammenzuschließen. Unter Hinweis auf die Entwicklung in Österreich stellt er vier Forderungen zur Wiedervereinigung Deutschlands.	15

07. 05. 1955	Kommuniqué über die Konstituierende Sitzung des Rates der Westeuropäischen Union (WEU) Die Westeuropäische Union (WEU) gibt ihre Konstituierung und die Besetzung von Ämtern und Ausschüssen bekannt.	19
16. TAGUNG DES NORDATLANTIKRATES IN PARIS		
09. 05. 1955	Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer bei der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO Bundeskanzler Adenauer dankt den im Nordatlantikrat vertretenen Mächten, daß sie Deutschland auf den Weg in die Gemeinschaft der freien Nationen geleitet haben und versichert die Entschlossenheit der Bundesregierung, sich gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten für Frieden und Freiheit einzusetzen.	20
09. 05. 1955	Programm der SPD zu den bevorstehenden Vier-Mächte-Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung Die Vorschläge des Parteivorstandes befassen sich mit den Fragebereichen: I. Europäische Sicherheit und Deutsche Einheit; II. Von der Wiedervereinigung zum Friedensvertrag; III. Pariser Verträge und Vier-Mächte-Verhandlungen.	22
10. 05. 1955	Note der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten halten den Zeitpunkt für neue Bemühungen zur Lösung der weltpolitischen Fragen für gekommen; sie betonen jedoch, daß diese nicht übereilt im Laufe einer Konferenz gelöst werden können.	29
10. 05. 1955	Aus den Vorschlägen der Regierung der UdSSR an den Unterausschuß der UN-Abrüstungskommission in London Die Regierung der UdSSR empfiehlt in ihren Vorschlägen die sofortige Zurücknahme der Besatzungstruppen vom Gebiet Deutschlands mit Ausnahme begrenzter Truppenkontingente.	30
11. 05. 1955	Kommuniqué über die 16. Tagung des Nordatlantikrates Der Nordatlantikrat gibt den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland bekannt, betont seinen defensiven Charakter, begrüßt die Initiative Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, mit der Sowjetunion Verhandlungen anzuknüpfen und stellt seine Einmütigkeit in allen politischen und militärischen Fragen fest.	31
WARSCHAUER KONFERENZ		
11. 05. 1955	Aus der Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl auf der Warschauer Konferenz Unter Bezug auf das „Beispiel Österreichs“ erhebt Ministerpräsident Grotewohl scharfe Angriffe gegen die Bundesrepublik Deutschland und verteidigt den Warschauer Vertrag als bedeutungsvollen Schritt zu einem gesamteuropäischen System der kollektiven Sicherheit.	33
11. 05. 1955	Aus der Rede des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz auf der Warschauer Konferenz Cyrankiewicz erklärt, daß die Oder-Neiße-Linie von der Sowjetunion und den Volksdemokraten zusammen mit den Friedenskräften des deutschen Volkes verteidigt wird.	36
14. 05. 1955	Erklärung des Ministerpräsidenten Grotewohl bei der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages Ministerpräsident Grotewohl betont, daß seine Regierung bei der Unterzeichnung des Vertrages von der Ausnahme ausgeht, daß das wiedervereinigte Deutschland von den Verpflichtungen frei sein wird, die ein Teil Deutschlands in militärpolitischen Verträgen und Abkommen, die vor der Wiedervereinigung abgeschlossen wurden, eingegangen ist.	37
14. 05. 1955	Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der UdSSR und der Tschechoslowakischen Republik Deutscher und russischer Wortlaut des Warschauer Vertrages.	37
14. 05. 1955	Beschluß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über die Bildung eines Vereinten Kommandos der Streitkräfte In dem Beschluß wird die Ernennung des Marschalls der Sowjetunion J. S. Konjew zum Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte und die Bildung eines Stabes der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten mit Sitz in Moskau bekannt gegeben; die Frage der Teilnahme der „DDR“ an Maßnahmen, die die Streitkräfte des Vereinten Kommandos betreffen, soll später erörtert werden.	44
15. 05. 1955	Aus dem Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich In den Artikeln 3, 4 und 11 des Österreichischen Staatsvertrages wird festgelegt, daß die alliierten und assoziierten Mächte in den deutschen Friedensvertrag Bestimmungen aufnehmen, die die Anerkennung der Souveränität und der Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland sichern. Ein politischer oder wirtschaftlicher Anschluß wird verboten und die Anerkennung eines künftigen Friedensvertrages mit Deutschland durch Österreich verlangt.	45

24. 05. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles über eine Neutralisierung Deutschlands	
	Dulles begründet die Nichtanwendbarkeit des „Beispiels Österreich“ auf Deutschland	46
26. 05. 1955	Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten	
	Die Regierung der UdSSR erklärt sich mit einer Begegnung der Regierungschefs der Vier Mächte in nächster Zeit einverstanden.	47
AUSSPRACHE DES 2. DEUTSCHEN BUNDESTAGES ÜBER EINE GROSSE ANFRAGE DER SPD		
27. 05. 1955	Abg. Wehner (SPD) begründete die Große Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Vorbereitung von Vier-Mächte-Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands	
	Die eingehende Begründung der von der SPD-Fraktion eingebrachten Großen Anfrage beschließt der Abgeordnete Wehner mit der Forderung, die Bundesregierung solle eine Vereinbarung der Vier Mächte über ein regionales europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen anstreben, in dem das wiedervereinigte Deutschland Rechte und Pflichten ausüben kann.	50
27. 05. 1955	Bundeskanzler Adenauer beantwortet die Große Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Vorbereitung von Vier-Mächte-Verhandlungen	
	Bundeskanzler Adenauer beantwortet die Große Anfrage der SPD und erläutert die außenpolitische Lage.	59
27. 05. 1955	Antrag der Fraktion der SPD zur Großen Anfrage der Fraktion der SPD betreffend Vorbereitung von Vier-Mächte-Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands	
	Der Antrag der Fraktion der SPD schlägt dem Bundestag die Annahme von drei Feststellungen zur Wiedervereinigung Deutschlands vor.	73
03. 06. 1955	Vorschläge des ZK der SED zur Wiedervereinigung Deutschlands	
	In zehn Punkten werden Forderungen zur Wiedervereinigung Deutschlands erhoben.	74
06. 06. 1955	Note der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR	
	Die Westmächte schlagen vor, die Konferenz der Regierungschefs vom 18.-21. Juli in Genf abzuhalten.	75
07. 06. 1955	Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland	
	Zur Normalisierung der Situation zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland schlägt die Regierung der UdSSR die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor und lädt Bundeskanzler Adenauer und andere Vertreter der Bundesrepublik zu Besprechungen nach Moskau ein.	
	Russischer und deutscher Wortlaut der Note.	76
08. 06. 1955	Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Note der Regierung der UdSSR vom 7. Juni 1955	
	Die Bundesregierung erachtet eine eingehende Prüfung der Note der Sowjetunion vom 7. Juni für notwendig; sie hofft, daß die Möglichkeit einer Aussprache des Bundeskanzlers mit den Staatsmännern der Sowjetunion gegeben ist.	80
08. 06. 1955	Interview des Bundeskanzlers Adenauer für die Nachrichtenagentur United Press (UP)	
	Bundeskanzler Adenauer betont, daß die Lösung des deutschen Problems für die Deutschen eine Frage des Rechts, für die Sowjetunion eine Frage der hohen Politik ist. Seine Lösung setzt eine internationale Entspannung auf der Grundlage einer kontrollierten Abrüstung voraus.	80
10. 06. 1955	Interview des Ministerpräsidenten Grotewohl zur Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland	
	Ministerpräsident Grotewohl wendet sich gegen Mutmaßungen, nach denen durch die Note der Regierung der UdSSR an die Bundesrepublik Deutschland die Stellung der „DDR“ verändert worden sei und bezeichnet die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland als Beitrag zur weiteren Minderung der internationalen Spannung und zur Verständigung zwischen den Deutschen.	82
12. 06. 1955	Schreiben des Kuratoriums Unteilbares Deutschland an die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der Vereinigten Staaten	
	Das Kuratorium Unteilbares Deutschland betont, daß eine wirkliche Befriedigung der internationalen Lage sich nicht anbahnt, wenn die deutsche Frage ungelöst bleibt. Es unterstreicht seine Besorgnis über Pläne, die auf die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands hinauslaufen.	83
13. 06. 1955	Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten	
	Die Regierung der UdSSR erklärt sich mit Ort und Zeit der Konferenz der Regierungschefs einverstanden.	83
13. 06. 1955	Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Suhr, an Oberbürgermeister Ebert	
	Die Regierende Bürgermeister Suhr gibt die Bereitschaft des Senats zur Verbesserung „technischer Kontakte“ bekannt.	84

14. 06. 1955	Kommuniqué über die Besprechung zwischen Präsident Eisenhower und Bundeskanzler Adenauer in Washington Als eines der Ziele der bevorstehenden Vier-Mächte-Konferenz wird die Auffindung eines Weges für eine baldige deutsche Wiedervereinigung bezeichnet; es wird die gemeinsame Auffassung unterstrichen, daß der Begriff „Neutralität“ in keiner Weise auf Deutschland anwendbar ist und daß Deutschland seine Unabhängigkeit nur durch ein kollektives Sicherheitssystem behaupten kann.	85
17. 06. 1955	Kommuniqué über die Besprechungen der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in New York Die Außenminister erklären, daß die Zeit für neue Bemühungen zur Beseitigung von Konfliktherden gekommen ist und geben ihrer Genugtuung über die Gelegenheit Ausdruck, zusammen mit Bundeskanzler Adenauer Probleme von besonderem Interesse für Deutschland erörtert zu haben.	86
17. 06. 1955	Erklärung der Regierung der „DDR“ zur Konferenz in Genf Die Regierung der „DDR“ bezeichnet es als im gesamtationalen Interesse liegend, daß sich die Vertreter beider Teile Deutschlands über die Probleme der friedlichen Lösung der deutschen Frage verständigen und einen entsprechenden gemeinsamen Standpunkt auszuarbeiten.	86
17. 06. 1955	Erklärung des Ausschusses für Deutsche Einheit mit Vorschlägen zur Lösung der deutschen Frage Der Ausschuss für Deutsche Einheit wendet sich gegen das Kuratorium Unteilbares Deutschland sowie gegen eine Rede des Bundesministers Kaiser und unterbreitet vier Punkte zur Wiedervereinigung Deutschlands.	87
17. 06. 1955	Kommentar der Zeitung „Prawda“: Kann Europa die Zone eines langen und dauerhaften Friedens werden? Der Artikel erläutert die „untrennbare Verbindung zwischen der deutschen Frage und den Problemen der Minderung der internationalen Spannung und der Schaffung des notwendigen Vertrauens zwischen den Staaten“.	89
JUBILÄUMSTAGUNG DER UN IN SAN FRANCISCO		
21. 06. 1955	Aus der Debatte des Bundestages über den Einzelplan 05 (für den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes) des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1955 Abg. Schmid (SPD) und Bundeskanzler Adenauer erörtern Verfahrensfragen der Wiedervereinigung Deutschlands.	90
22. 06. 1955	Jubiläumstagung der UN in San Francisco: Aus der Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow erläutert die sowjetischen Abrüstungsvorschläge.	94
23. 06. 1955	Aus der Erklärung des Senators M. Mansfield vor dem Senat der Vereinigten Staaten Senator Mansfield charakterisiert die sowjetische Deutschlandpolitik und setzt sich mit der amerikanischen Deutschlandpolitik auseinander. Er empfiehlt zur Erörterung der Probleme der Wiedervereinigung eine „Konferenz politischer, gewerkschaftlicher, religiöser und wirtschaftlicher Führer aus ganz Deutschland“.	98
24. 06. 1955	Jubiläumstagung der UN in San Francisco: Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles bezeichnet die unnatürliche Teilung des deutschen Volkes als großes Unrecht, das bei einem Fortbestehen auf unabsehbare Zeit die Quelle vieler Übel für die Welt sein wird.	103
25. 06. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow auf einer Pressekonferenz in San Francisco Außenminister Molotow äußert sich zu Fragen der Wiedervereinigung. Er erklärt, das von der Sowjetunion vorgeschlagene Sicherheitssystem könne zunächst West- und Mitteldeutschland, und erst später Gesamtdeutschland umfassen.	106
25. 06. 1955	Kommentar der Zeitung „Neues Deutschland“: Was bedeutet die Rede Molotows für die deutsche Einheit? Der Kommentar hebt die Forderung Molotows nach Abzug fremder Truppen aus Deutschland hervor und wendet sich gegen Bundeskanzler Adenauer und gegen Presseveröffentlichungen der Bundesrepublik Deutschland.	109
25. 06. 1955	Kommentar des „Bulletin“: Reichskonkordat und Wiedervereinigung In einer Übersicht über den Inhalt des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 wird festgestellt, daß das Konkordat sowohl territorialer, als auch in personeller Hinsicht den Bedürfnissen einer gesamtdeutschen Politik Rechnung trägt und somit geeignet ist, auf dem wichtigen Gebiet der Kirchenordnung und der Beziehungen zwischen katholischer Kirche und Staat die Bestrebungen zur Wiedervereinigung Deutschlands wirksam zu fördern.	112
26. 06. 1955	Schreiben des Oberbürgermeisters Ebert an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Suhr Oberbürgermeister Ebert kritisiert die Situation in West-Berlin und benennt Beauftragte für Verhandlungen über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten.	113
30. 06. 1955	Ankommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten über gegenseitige Verteidigungshilfe Deutscher und englischer Wortlaut des Abkommens.	115

30. 06. 1955	Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der UdSSR Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt sich mit den Vorschlägen der sowjetischen Note vom 7. Juni einverstanden und regt vorbereitende Gespräche über die zu erörternden Gegenstände durch die Botschaften der Bundesrepublik und der UdSSR in Paris an.	123
01. 07. 1955	Erklärung des Ausschusses für Deutsche Einheit Nach ausführlicher Polemik gegen Staatssekretär Dulles fordert der Ausschuß für Deutsche Einheit alle Deutschen auf, der Politik der einseitigen militärischen Bindungen eine scharfe Absage zu erteilen.	123
02. 07. 1955	Ausführungen des Bundesministers von Merkatz: Bürgerfreiheit für ganz Deutschland Bundesminister von Merkatz betont die Bedeutung des Föderalismus für die Behauptung der bürgerlichen Freiheiten und für die Wiedervereinigung Deutschlands.	125
05. 07. 1955	Aus einem Interview des Ministerpräsidenten Grotewohl für die Zeitung „Trybuna Ludu“ Unter Berufung auf die Losung „Deutsche an einen Tisch“ schlägt Ministerpräsident Grotewohl die Ausarbeitung eines gemeinsamen deutschen Standpunktes durch Vertreter der Regierung der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland vor.	127
5. JAHRESTAG DER UNTERZEICHNUNG DES „VERTRAGES ÜBER DIE MARKIERUNG DER FESTGELEGTEN UND BESTEHENDEN DEUTSCH-POLNISCHEN STAATSGRENZE“		
06. 07. 1955	Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Bierut, in Berlin Bierut unterstreicht in seinen Ausführungen zum 5. Jahrestag des Abkommens über die Oder-Neiße-Linie die Freundschaft zwischen der „DDR“ und der Volksrepublik Polen.	128
06. 07. 1955	Aus der Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl in Warschau Ministerpräsident Grotewohl erklärt, daß ein Angriff auf die Oder-Neiße-Linie einen Angriff auf die „DDR“ und ihre Errungenschaften bedeutet.	130
07. 07. 1955	Interview des Bundeskanzlers Adenauer für die Wochenzeitung „Carrefour“ Bundeskanzler Adenauer führt die eingetretene Veränderung der politischen Weltlage auf die Konsolidierung der Gemeinschaft der freien Völker zurück. Er unterstreicht die Bündnistreue der Bundesrepublik Deutschland und spricht sich für eine europäische Zusammenarbeit in der Atomforschung aus.	131
08. 07. 1955	Erklärung der „Paulskirchenbewegung“ Die Paulskirchenbewegung verlangt, die Bindungen der Bundesrepublik Deutschland und der sowjetisch besetzten Zone an die Militärsysteme in West und Ost zur Erörterung zu stellen und fordert die Bundesregierung auf, jede sich bietende Chance zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit durch eigene Vorschläge zu nutzen.	133
09. 07. 1955	Erklärung der Regierungen der Volksrepublik Polen und der „DDR“ zur Oder-Neiße-Linie Die auf der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie beruhenden freundschaftlichen Beziehungen der Volksrepublik Polen und der „DDR“ werden als bedeutend für den Frieden und die Sicherheit in Europa bezeichnet.	134
12. 07. 1955	Erklärung der Nachrichtenagentur TASS zum Beginn der Konferenz in Genf Nach eingehender Auseinandersetzung mit den Absichten der Westmächte verlangt TASS, die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege der Minderung der internationalen Spannung anzustreben, wenn ein Übereinkommen über die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf friedlicher und demokratischer Grundlage nicht sofort zu erreichen ist. Dieser Absicht würde die Schaffung eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit entsprechen, an dem die europäischen Staaten, ungeachtet der Unterschiede in ihrer Gesellschafts- und Staatsordnung, beteiligt sein sollen.	135
15. 07. 1955	Erklärung des Ministerpräsidenten Bulganin auf einer Pressekonferenz in Moskau Ministerpräsident Bulganin legt die sowjetische Auffassung zur internationalen Lage dar und betont, daß auf der bevorstehenden Konferenz nicht alle komplizierten Probleme gelöst werden könnten.	137
15. 07. 1955	Rundfunkansprache des Präsidenten Eisenhower zur Konferenz von Genf Präsident Eisenhower erläutert die auf die Konferenz von Genf gesetzten amerikanischen Erwartungen und betont seine Bereitschaft zu Verständigung, Abrüstung und Freundschaft.	139
15. 07. 1955	Aus einem Gespräch des Staatspräsidenten Tito mit amerikanischen Besuchern Tito hält eine Neutralität Deutschlands für unmöglich, verweist aber auf die Möglichkeit der Freiheit von den „Blöcken“.	142
16. 07. 1955	Erklärungen des Bundeskanzlers Adenauer und des Abg. Ollenhauer (SPD) vor dem 2. Deutschen Bundestag zur Konferenz von Genf Bundeskanzler Adenauer betont, daß für die Bundesregierung ein europäisches Sicherheitssystem, das die Beibehaltung der Teilung Deutschlands vorsieht, unannehmbar ist. Abg. Ollenhauer stimmt dieser Auffassung zu, betont aber gleichzeitig die Notwendigkeit der Suche nach Wegen zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands.	143
16. 07. 1955	Rundfunkansprache des Ministerpräsidenten Grotewohl zur Konferenz von Genf Ministerpräsident Grotewohl trägt die Vorstellung der „DDR“ über das wiedervereinigte Deutschland vor, beschuldigt Bonn, eine Verständigung über einen gemeinsamen deutschen Standpunkt abgelehnt zu haben und versichert den Wert eines ständigen Gedankenaustausches mit der Regierung der UdSSR.	144

17. 07. 1955	Interview des Bundeskanzlers Adenauer für die Zeitung „Welt am Sonntag“ Bundeskanzler Adenauer erklärt, die Genfer Konferenz finde ein günstigeres Klima vor als die Konferenzen des Jahres 1954. Er unterstreicht die Bedeutung der Rüstungsbeschränkung der Großmächte und betont, daß ohne die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit keine Beruhigung in Europa möglich ist.	146
	KONFERENZ DER REGIERUNGSCHEFS DER VIER MÄCHTE IN GENF ZEITTTAFEL	148
18. 07. 1955	Eröffnungserklärung des Präsidenten Eisenhower In einer Übersicht über die internationale Lage weist Präsident Eisenhower darauf hin, daß Deutschland 10 Jahre nach dem Waffenstillstand noch immer ein geteiltes Land ist. Er bezeichnet die Teilung als Unrecht gegenüber dem deutschen Volk, das wie alle Völker ein Recht auf die gemeinsame Erfüllung eines gemeinsamen Schicksals hat. Er unterstreicht, daß der Fortbestand der Teilung Deutschlands eine wesentliche Quelle der Unruhe in Europa ist.	151
18. 07. 1955	Eröffnungserklärung des Ministerpräsidenten Faure Ministerpräsident Faure behandelt ausführlich die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Er verneint die Möglichkeit einer Neutralisierung, erkennt aber an, daß die berechtigte Sorge jeder Macht für ihre eigene Sicherheit die größtmögliche Berücksichtigung finden muß.	155
18. 07. 1955	Eröffnungserklärung des Premierministers Eden Premierminister Eden betont die Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands und unterstreicht, daß durch die Einheit Deutschlands die von mancher Seite gefürchtete Bedrohung der europäischen Sicherheit weder vergrößert noch verringert wird.	162
18. 07. 1955	Eröffnungserklärung des Ministerpräsidenten Bulganin Ministerpräsident Bulganin mißt der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa die größte Bedeutung zu. Von der Minderung der internationalen Spannungen und der Schaffung eines wirksamen Sicherheitssystems in Europa erwartet er eine leichtere Lösung des Deutschlandproblems; er empfiehlt, das Zustandekommen eines europäischen Sicherheitssystems auch dann anzustreben, wenn es nicht gelingen sollte, ein sofortiges Abkommen über die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen.	166
19. 07. 1955	Aus der Zusammenfassung der Erklärung des Ministerpräsidenten Bulganin zur deutschen Frage Ministerpräsident Bulganin fordert den Verzicht auf die Anwendung von Waffengewalt und die Bereitschaft zur Beilegung sämtlicher Streitfälle mit friedlichen Mitteln. Er wiederholt die Forderung nach Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa, an dem beide Teile Deutschlands – die Bundesrepublik Deutschland und die „DDR“ – bis zur Wiedervereinigung Deutschlands beteiligt werden sollen, und verlangt eine Annäherung zwischen beiden Teilen Deutschlands.	173
19. 07. 1955	Erklärung des Präsidenten Eisenhower Präsident Eisenhower erläutert den defensiven Charakter der NATO und begründet die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Verteidigungsgemeinschaft.	178
19. 07. 1955	Erklärung des Präsidenten Eisenhower Präsident Eisenhower spricht über die Arbeitsweise der Konferenz.	180
20. 07. 1955	Entwurf der Delegation der UdSSR für einen „Gesamteuropäischen Vertrag über kollektive Sicherheit in Europa (Grundprinzipien)“ In der Präambel des Vertragsentwurfes wird ausgeführt, daß die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa der schnellen Lösung der Deutschlandfrage durch die Vereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden und demokratischen Staat förderlich sein wird. In 15 Artikeln werden Umfang und Garantien des Sicherheitssystems umschrieben; die Bundesrepublik Deutschland und die „DDR“ sind bis zur Wiedervereinigung als gleichberechtigte Vertragspartner vorgesehen.	181
20. 07. 1955	Erklärung des Präsidenten Eisenhower Präsident Eisenhower erklärt, daß der Eintritt in die Diskussion über den vorgeschlagenen Sicherheitspakt einer Bestätigung der Teilung Deutschlands gleichkommt, wenn die Erörterung des Deutschlandproblems zuvor keine befriedigenden Ergebnisse gezeigt hat.	188
20. 07. 1955	Erklärung des Präsidenten Eisenhower Präsident Eisenhower wirft die Frage der weiteren Behandlung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands auf.	189
20. 07. 1955	Erklärung des Präsidenten Eisenhower Präsident Eisenhower spricht über die vorgesehenen Verhandlungen der Außenminister	190
21. 07. 1955	Entwurf der Delegation der UdSSR für einen „Vertrag zwischen den in Europa bestehenden Staatengruppierungen (Grundprinzipien)“ Der Vertragsentwurf sieht in allgemein gehaltenen Formulierungen den Abschluß eines Vertrages zwischen den Signatarstaaten des Nordatlantikvertrages und des Brüsseler Vertrages einerseits und des Warschauer Vertrages andererseits vor.	191

21. 07. 1955	Entwurf der Delegation der UdSSR für einen Beschluß der Konferenz der Regierungschefs der Vier Mächte zu den Fragen der Rüstungsbeschränkung und des Atomwaffenverbots Der Beschlußentwurf sieht eine Beschränkung der konventionellen Streitkräfte und ein völliges Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen vor; der Vollzug der Maßnahmen zur Rüstungsbeschränkung und zum Atomwaffenverbot soll unter wirksame internationale Kontrolle gestellt werden.	195
21. 07. 1955	Memorandum des Präsidenten Eisenhower zur Abrüstungsfrage Präsident Eisenhower weist dem Problem der Inspektion und Berichterstattung Vorrang zu und schlägt vor, daß sich die Nationen gegenseitig das Recht der Luftaufklärung – „Offener Himmel“ – zugestehen.	196
21. 07. 1955	Memorandum der britischen Delegation zur Abrüstungsfrage Der Vorschlag sieht die Errichtung eines Systems der gemeinsamen Inspektion der Streitkräfte in Europa vor, betont jedoch, daß dadurch die Arbeit des Unterausschusses der Abrüstungskommission der UN nicht präjudiziert werden soll.	199
21. 07. 1955	Memorandum der französischen Delegation zur Abrüstungsfrage Der Vorschlag empfiehlt eine international vereinbarte Herabsetzung der Militärausgaben; die dadurch freiwerdenden Mittel sollen ganz oder teilweise für unterentwickelte Gebiete und gegenseitige Hilfe verwendet werden.	200
22. 07. 1955	Konferenz der Regierungschefs in Genf	202
23. 07. 1955	Schlußerklärung des Ministerpräsidenten Bulganin Ministerpräsident Bulganin bezeichnet die Frage der europäischen Sicherheit als wichtigstes Konferenzproblem. Zur Deutschlandfrage betont er, ihre Lösung müsse den Tatsachen Rechnung tragen, daß zwei deutsche Staaten entstanden seien, – die „Deutsche Demokratische Republik“ und die Bundesrepublik Deutschland –, jeder mit besonderer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Struktur. Als einzig realen Weg zur Vereinigung Deutschlands bezeichnet er gemeinsame Bemühungen der Vier Mächte und des deutschen Volkes um Entspannung in Europa und um Herstellung des Vertrauens zwischen den Staaten. Er mißt der Annäherung zwischen den beiden Teilen Deutschlands größte Bedeutung zu.	205
23. 07. 1955	Schlußerklärung des Präsidenten Eisenhower Präsident Eisenhower gibt der Meinung Ausdruck, daß die Chancen für einen lang währenden Frieden, für Gerechtigkeit, Wohlergehen und Freiheit in der Welt größer geworden sind.	210
23. 07. 1955	Schlußerklärung des Premierministers Eden Premierminister Eden stellt fest, daß die jetzt getroffene Vereinbarung gestattet, sich mit dem Doppelproblem der Einheit Deutschlands und der Sicherheit Europas unmittelbar zu befassen.	212
23. 07. 1955	Schlußerklärung des Ministerpräsidenten Faure Ministerpräsident Faure bemerkt, der an den Tag gelegten gemeinsamen Entschlossenheit müßte praktische Wirksamkeit verliehen werden.	212
23. 07. 1955	Direktive der Regierungschefs an die Außenminister Die Direktive faßt die Ergebnisse der Beratungen der Regierungschefs zu den drei Punkten der Tagesordnung – I. Europäische Sicherheit und Deutschland, II. Abrüstung und III. Entwicklung von Kontakten zwischen Ost und West – zusammen. Die Regierungschefs betonen ihre gemeinsame Verantwortung für die deutsche Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands. Sie erklären, daß die Lösung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit verwirklicht werden sollen. Die Außenminister sollen im Oktober 1955 die Beratung in Genf fortsetzen.	213
24. 07. 1955	Englischer, französischer, russischer und deutscher Wortlaut der Direktive. Kommentar der Zeitung „Neues Deutschland“: Politik gesunden Menschenverstandes Der Kommentar polemisiert gegen die Bundesrepublik Deutschland und betont, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht das alleinige Werk der Großmächte sein kann.	219
24. 07. 1955	Aus einem Kommentar der Zeitung „Prawda“: Für die Festigung des allgemeinen Friedens Als einzig realer Weg zur Vereinigung Deutschlands werden gemeinsame Bemühungen der Vier Mächte und auch des deutschen Volkes bezeichnet, die auf die Entspannung in Europa und auf die Herstellung des Vertrauens zwischen den Staaten abzielen. An einem zu schaffenden System der kollektiven Sicherheit in Europa sollen bis zur Wiedervereinigung beide Teile Deutschlands als gleichberechtigte Partner teilnehmen.	222
25. 07. 1955	Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer zum Ergebnis der Konferenz von Genf Bundeskanzler Adenauer charakterisiert den Konferenzverlauf und unterstreicht, daß alle Vier Mächte die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands als Grundproblem der Stabilisierung Europas bezeichnet haben.	223
25. 07. 1955	Aus der Ansprache des Präsidenten Eisenhower im amerikanischen Rundfunk und Fernsehen Präsident Eisenhower betont, daß die Beratungen der Regierungschefs über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Deutsche Frage und europäische Sicherheit“ äußerst schwierig gewesen sind. Die amerikanische Delegation sei zu der Auffassung gekommen, daß beide Probleme als ein Punkt zu betrachten sind.	226

26. 07. 1955	Rede des Ersten Sekretärs der KPdSU, Chruschtschow, auf einer Großkundgebung in Berlin In seiner stark polemisch gehaltenen Rede erklärt Chruschtschow, die sowjetische Delegation habe in Genf betont, daß auf dem Gebiet Deutschlands zwei Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung entstanden sind und daß die Lösung des deutschen Problems dementsprechend schwierig ist; dazu seien große und ernsthafte Anstrengungen sowohl der Großmächte als auch des deutschen Volkes in beiden Teilen Deutschlands erforderlich. Chruschtschow bemerkt, daß die deutsche Frage am besten von den Deutschen selbst gelöst würde, die zweifelsohne den richtigen Weg für die Entwicklung Deutschlands wählen würden. Er versichert, daß die deutsche Frage nicht auf Kosten der Interessen der „DDR“ gelöst werden kann und stellt die Frage, ob die Werktätigen der „DDR“ auf die Beseitigung ihrer politischen und sozialen „Errungenschaften“ und auf die Beseitigung aller ihrer Umgestaltungen eingehen können, deren Sicherung er gleichzeitig als Postulat der sowjetischen Deutschlandpolitik bezeichnet. Russischer und deutscher Wortlaut der Rede.	227
27. 07. 1955	Kommuniqué über den Aufenthalt der Regierungsdelegation der UdSSR in der „DDR“ Die Vertreter der Sowjetunion und der „DDR“ erklären, daß die deutsche Frage ohne Beteiligung der Deutschen, ohne Annäherung zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland, nicht gelöst werden kann.	236
27. 07. 1955	Stellungnahme der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Konferenz von Genf Die Bundesregierung würdigt die Ergebnisse der Konferenz und stellt bedauernd fest, daß die Kluft zwischen den Auffassungen der Westmächte und denen der Sowjetunion vor allem hinsichtlich der Überwindung der Spaltung Deutschlands noch außerordentlich groß ist.	238
27. 07. 1955	Aus der Debatte des britischen Unterhauses über die Konferenz von Genf Premierminister Eden berichtet, die sowjetischen Vertreter hätten in Genf darauf beharrt, das System der europäischen Sicherheit vorrangig zu behandeln und die Wiedervereinigung Deutschlands nach dem Eintritt beider Teile Deutschlands in das Sicherheitssystem Schritt für Schritt zu verwirklichen. Eden erklärt, die Westmächte hätten diesen Vorschlag nicht akzeptiert, weil sie überzeugt seien, daß auf der Basis eines geteilten Deutschlands keine europäische Sicherheit möglich ist. Die Frage des Abgeordneten Denis Healey, ob auch die Regierung der „DDR“ Vertreter in Inspektionsgruppen zur Überwachung einer militärisch verdünnten Zone entlang der Trennungslinie zwischen den Armeen des Ostens und des Westens entsenden kann, bleibt offen.	239
27. 07. 1955	Erklärung des Vorstandes der SPD zum Ergebnis der Konferenz von Genf Der Parteivorstand bezeichnet die Konferenz als bedeutsamen Beitrag zur Entspannung der internationalen Lage, begrüßt die Behandlung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit als Ganzes, macht aber auf die Gefahr aufmerksam, daß das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands bei den weiteren Verhandlungen über das Sicherheitsproblem zweitrangig behandelt wird. Der Parteivorstand fordert Maßnahmen, um die Beziehungen zwischen der Bevölkerung der SBZ und der Bundesrepublik so normal wie möglich zu gestalten.	243
01. 08. 1955	Kommentar der Zeitschrift „Einheit“: Genf – Beginn einer neuen Etappe Der Kommentar bezeichnet nach eingehender Darlegung der Vorbereitung, des Verlaufs und des Ergebnisses der Konferenz von Genf die Politik der Westmächte in der Deutschlandfrage als gescheitert; er unterstreicht, daß die Konferenz die Richtigkeit der Politik der „DDR“ bewiesen und deren Ansehen und politisches Gewicht vermehrt habe. Bis zur Konferenz der Außenminister müsse eine Annäherung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ sowie die Ausarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes erreicht werden.	244
03. 08. 1955	Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland In ihrer Antwort auf die Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 30. Juni schlägt die Regierung der UdSSR für Ende August / Anfang September in Moskau abzuhaltende Verhandlungen über die Herstellung von diplomatischen Beziehungen, von Handelsbeziehungen und von kulturellen Verbindungen zwischen beiden Staaten vor. Russischer und deutscher Wortlaut der Note.	251
03. 08. 1955	Interview des Ministerialdirektors Grewe für die „Politisch-Soziale Korrespondenz“ Prof. Grewe stellt fest, daß die Konferenz von Genf im Hinblick auf die deutsche Frage ihre Aufgabe insofern erfüllt hat, als sie zu einer Klärung des gegenwärtigen Standpunktes der Vier Mächte führte. Der sowjetische Vorschlag, Vorfragen der Wiedervereinigung zwischen Regierungsvertretern beider Teile Deutschlands vorbereiten zu lassen, ist von den Westmächten, die nachdrücklich betont haben, daß der Status quo des geteilten Deutschland einer wirklichen Befriedigung der Welt entgegensteht, eindeutig abgelehnt worden.	253
04. 08. 1955	Aus der Erklärung des Ministerpräsidenten Bulganin vor dem Obersten Sowjet über die Konferenz von Genf Ministerpräsident Bulganin erinnert an die in Deutschland seit 1945 eingetretenen Veränderungen, betont, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nicht ohne Beteiligung der Deutschen gelöst werden kann und erklärt, daß die Mächte in Genf keine gemeinsame Sprache in der deutschen Frage fanden.	254

04. 08. 1955	Erklärung des Bundesministers Blücher im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur außenpolitischen Lage Bundesminister Blücher unterstreicht die unlösbare Verbindung zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und der Sicherheit in Europa, charakterisiert die sowjetischen Vorschläge und gibt Erklärungen zu den bevorstehenden Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und der Regierung der UdSSR ab.	257
12. 08. 1955	Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der UdSSR In ihrer Antwort auf die sowjetische Note vom 3. August schlägt die Bundesregierung vor, die Besprechungen am 9. September in Moskau zu beginnen. Sie weist darauf hin, daß die Erörterung der Aufnahme diplomatischer, kommerzieller und kultureller Beziehungen die Erörterung auch anderer Fragen voraussetzt.	262
12. 08. 1955	Erklärung der Regierung der „DDR“ zum Ausgang der Konferenz von Genf, abgegeben durch Ministerpräsident Grotewohl vor der Volkskammer Ministerpräsident Grotewohl erklärt in breitangelegten Ausführungen, daß die Vereinigung Deutschlands nur unter der Voraussetzung einer Annäherung zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland bei voller Berücksichtigung der Interessen der „DDR“ hinsichtlich ihrer inneren und äußeren Position, möglich ist. Er betont, das Deutschland nicht auf Kosten der Werktätigen der „DDR“ wiedervereinigt werden kann und schlägt auf der Grundlage dieser Forderungen zahlreiche Maßnahmen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit vor.	264
18. 08. 1955	Kommentar der Zeitschrift „Neue Zeit“: Die Lage in Europa und die deutsche Frage Die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Reihenfolge der in der Direktive vom 23. Juli 1955 vorgesehenen Maßnahmen zur Wiedervereinigung Deutschlands werden dargelegt und kommentiert. Dabei wird der von der Regierung der UdSSR eingenommene Standpunkt verteidigt, zunächst die in Europa bestehenden Staatengruppierungen, die die Spaltung Deutschlands verursacht hätten, schrittweise aufzulösen.	274
19. 08. 1955	Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland In ihrer Antwort auf die Note der Bundesregierung vom 12. August erklärt sich die Regierung der UdSSR bereit, mit den Verhandlungen in Moskau am 9. September zu beginnen. Russischer und deutscher Wortlaut der Note.	277
20. 08. 1955	Kommentar E. Dombrowskis in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: Nur eine provisorische Regelung Die Möglichkeiten der Moskauer Reise des Bundeskanzlers werden untersucht und zurückhaltend beurteilt.	278
24. 08. 1955	Aus der Rede des Präsidenten Eisenhower auf der 7. Jahresversammlung der amerikanischen Anwaltskammer in Philadelphia Präsident Eisenhower erläutert die von ihm auf der Konferenz in Genf vorgelegten Ziele und erklärt, daß die Teilung Deutschlands durch keine Argumente gestützt werden kann.	280
44. KONGRESS DER INTERPARLAMENTARISCHEN UNION IN HELSINKI		
25. 08. 1955	Erklärung des Abg. Schmid über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen Abg. Schmid betont, daß der Bundestag das einzige Parlament in Deutschland ist, das für das ganze deutsche Volk zu sprechen legitimiert ist, und unterstreicht, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nur erfolgen kann, wenn Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika in den Gebieten, in denen ihre Truppen stehen, freie Wahlen zulassen; das sei bisher am Widerstand der Sowjetunion gescheitert.	281
25. 08. 1955	Erklärung des Abg. Pünder (CDU/CSU) über die Wiedervereinigung Deutschlands Abg. Pünder trägt die Ansicht der CDU/CSU zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Integration Europas vor.	283
31. 08. 1955	Schreiben des Präsidenten der „DDR“, Pieck, an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, Woroschilow Pieck ersucht um vorfristige Entlassung aller ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion.	286
01. 09. 1955	Mitteilung über ein Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer und Bundesministers von Brentano mit dem französischen Botschafter François-Poncet Botschafter François-Poncet bringt die Hoffnung der französischen Regierung zum Ausdruck, daß die Gespräche in Moskau außer der Freilassung der letzten in der Sowjetunion zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen auch einen positiven Beitrag zur Lösung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands bringen werden.	287
02. 09. 1955	Aus der Rede des Bundeskanzlers Adenauer auf der Veranstaltung anlässlich des 10. Gründungstages der CDU Westfalen-Lippe in Bochum Bundeskanzler Adenauer unterstreicht, daß zwischen der deutschen Delegation und den Vertretern der UdSSR in Moskau die Frage der Einheit Deutschlands nur erörtert werden kann, da ihre Lösung Pflicht der Vier Mächte ist.	288

02. 09. 1955	Erklärung des Vorstandes der SPD zur Moskau-Reise des Bundeskanzlers Adenauer Die SPD erwartet von der deutschen Regierungsdelegation, daß sie bei den Verhandlungen in Moskau die Voraussetzungen klärt, unter denen eine Vereinbarung über die alsbaldige Wiedervereinigung in Freiheit und die Eingliederung des wiedervereinigten Deutschlands in ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der Satzung der Vereinten Nationen möglich ist.	289
08. 09. 1955	Kommentar der Zeitung „Prawda“: Für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik Der Kommentar betont die Notwendigkeit, die Ansichten sowohl der „DDR“ als auch der Bundesrepublik Deutschland bei der Lösung der Deutschlandfrage zu berücksichtigen und lehnt eine mechanische Verschmelzung der beiden Teile Deutschlands als unreal ab.	290
08. 09. 1955	Kommentar der Zeitschrift „Neue Zeit“: Realistische Behandlung der Deutschlandfrage Nach einer Übersicht über Presseverlautbarungen zur Reise des Bundeskanzlers Adenauer nach Moskau wird betont, daß durchgreifende Entscheidungen in der deutschen Frage unmöglich sind ohne eine Revision jenes Kurses der leitenden Kreise Westdeutschlands, der zu der heutigen Lage geführt hat.	294
09. 09. 1955	Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, auf der III. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig Ulbricht spricht die Erwartung aus, daß die Regierung der Bundesrepublik bereit ist, sich mit der Regierung der „DDR“ über ein gemeinsames Auftreten auf der Genfer Konferenz der Außenminister zu verständigen und bezeichnet es als Aufgabe der Arbeiterklasse, durch die Verwirklichung der Aktionseinheit eine solche Kraft zu entwickeln, daß der Militarismus in Westdeutschland zurückgedrängt wird.	297
09. 09. 1955	Aus der Rede des FDGB-Sekretärs Kirchner auf der III. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz: Die Auffassungen des FDGB über die Gestaltung des wiedervereinigten Deutschland Als Sprecher des FDGB-Bundesvorstandes trägt Kirchner acht Forderungen zur politischen und sozialen Gestaltung des wiedervereinigten Deutschland vor.	299
	VERHANDLUNGEN ZWISCHEN DER UDSSR UND DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IN MOSKAU ZEITTADEL	302
09. 09. 1955	Erklärung des Ministerpräsidenten Bulganin Ministerpräsident Bulganin erklärt, daß die Realität des Bestehens der „DDR“ und der Bundesrepublik berücksichtigt werden müsse und bezeichnet die Lösung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands als eine Sache der Deutschen selbst. Er schlägt die Aufnahme diplomatischer, wissenschaftlicher, kultureller, technischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland vor.	303
09. 09. 1955	Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer Bundeskanzler Adenauer betont den Friedenswillen des deutschen Volkes, begrüßt die Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland und ersucht um Freilassung aller im Gebiete oder im Einflußbereich der Sowjetunion in Gewahrsam befindlichen oder an der Ausreise gehinderten Deutschen. Er bezeichnet die Teilung Deutschlands als Anomalie und bekundet die Bereitschaft der Bundesregierung, das ihrige dazu beizutragen, um durch ein Sicherheitssystem die Befürchtungen über ein wiedervereinigtes Deutschland auszuräumen.	305
10. 09. 1955	Erklärung des Ministerpräsidenten Bulganin Ministerpräsident Bulganin erinnert an die Leiden und Opfer des Sowjetvolkes im Kriege und bestreitet, daß es in der Sowjetunion noch deutsche Kriegsgefangene gibt. In der Sowjetunion befinden sich nach seinen Ausführungen nur noch 9 626 Kriegsverbrecher. Bulganin bejaht zwar die Verpflichtung der Großmächte zur Lösung der deutsche Frage, unterstreicht aber die Auffassung der Regierung der UdSSR, daß die Lösung des deutschen Problems einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands vor allem eine Sache der Deutschen selbst ist.	309
10. 09. 1955	Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer Bundeskanzler Adenauer wendet sich gegen die Unterstellung, aus der Position der Stärke heraus verhandeln zu wollen, erbittet gerechte Beurteilung der zurückgehaltenen Deutschen und gibt zu bedenken, das auch beim Vormarsch der russischen Armeen in Deutschland „viele entsetzliche Dinge“ vorgekommen sind.	313
10. 09. 1955	Erklärung des Bundesministers von Brentano Bundesminister von Brentano begründet das Ersuchen der Bundesregierung um Freilassung der zurückgehaltenen Deutschen und fordert Ministerpräsident Bulganin auf, in der Frage der Wiedervereinigung den Deutschen die Möglichkeit zu geben, ihre gemeinsame Sprache zu sprechen und ihr gemeinsames Anliegen zu betreiben.	314
10. 09. 1955	Erklärung des Ersten Sekretärs der KPdSU, Chruschtschow Chruschtschow weist die Bemerkung des Bundeskanzlers Adenauer über Gräueltaten von Sowjettruppen auf deutschem Boden scharf zurück und stellt fest, daß die Sowjetunion den Krieg nicht begonnen hat. Er erwähnt die Konsequenzen, die sich aus der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO ergeben und empfiehlt Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“.	316

10. 09. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Auch Außenminister Molotow verteidigt die Handlungen der Sowjetunion auf deutschem Boden, erklärt, in der Sowjetunion würden nur noch Kriegsverbrecher festgehalten und unterstreicht, daß nach Ansicht der Regierung der UdSSR die Wiedervereinigung Sache der Deutschen ist.	319
10. 09. 1955	Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer Bundeskanzler Adenauer nimmt zu den Ausführungen von Ministerpräsident Bulganin, Chruschtschow und Außenminister Molotow Stellung. Er weist auf die Mitschuld der Großmächte am Aufstieg Hitlers hin, ersucht um gerechte Würdigung des Schicksals der verurteilten Soldaten und unterstreicht den Wert von Handelsbeziehungen.	323
10. 09. 1955	Erklärung des Ministerpräsidenten Bulganin Ministerpräsident Bulganin betont, daß die Regierung der „DDR“ eine souveräne Regierung ist, die von einer Reihe europäischer Länder und von zwei Großmächten, der UdSSR und der Volksrepublik China, anerkannt ist.	325
10. 09. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Hallstein Staatssekretär Hallstein skizziert Ausgangspositionen und Möglichkeiten eines Warenaustausches zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland.	326
10. 09. 1955	Erklärung des Ersten Sekretärs der KPdSU, Chruschtschow Chruschtschow rechtfertigt, vor allem auch mit ideologischen Argumenten, die Unterstützung der „DDR“ durch die UdSSR.	327
10. 09. 1955	Verlautbarung über die zweite Vollsitzung der Verhandlungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland Übersicht über die zweite Sitzung der Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland in Moskau.	328
12. 09. 1955	Verlautbarung über die Beratungen der Außenminister der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland Mitteilung über die Verhandlungen der Außenminister und ihrer Mitarbeiter.	329
12. 09. 1955	Verlautbarung über die dritte Vollsitzung der Verhandlungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland Mitteilung über die dritte Vollsitzung der Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen und über einen Meinungs austausch zwischen Ministerpräsident Bulganin und Chruschtschow einerseits und Bundeskanzler Adenauer und Abg. Schmid (SPD) andererseits.	330
13. 09. 1955	Erklärung des Ministerpräsidenten Bulganin Ministerpräsident Bulganin führt Klage über die Behandlung von Sowjetbürgern in der Bundesrepublik Deutschland.	330
13. 09. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow beschwert sich im Namen der Regierung der UdSSR darüber, daß auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland Ballons mit Flugblättern und Propagandaliteratur gegen die Sowjetunion aufgelassen werden.	331
13. 09. 1955	Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland Zusammensetzung der Delegationen, Bericht über den Verlauf der Verhandlungen und Darlegung der Beratungsergebnisse. Deutscher und russischer Wortlaut des Kommuniqués.	332
13. 09. 1955	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Bundeskanzler Adenauer über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland Russischer und deutscher Wortlaut des Schreibens.	335
13. 09. 1955	Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an Ministerpräsident Bulganin über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR In identischen Schreiben bringen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Bulganin den Beschluß zum Ausdruck, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und diplomatische Vertreter im Range von außerordentlichen und bevollmächtigten Botschaftern auszutauschen. Deutscher und russischer Wortlaut des Schreibens.	336
14. 09. 1955	Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an Ministerpräsident Bulganin Bundeskanzler Adenauer erklärt, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der UdSSR 1. keine Anerkennung des derzeitigen territorialen Besitzstandes darstellt, und 2. keine Änderung des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung in bezug auf ihre Befugnis zur Vertretung des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten bedeutet.	337
14. 09. 1955	Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer auf der Pressekonferenz in Moskau Bundeskanzler Adenauer würdigt Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen in Moskau, begrüßt die Entlassung von 9626 Personen und versichert, daß die Bundesregierung ihren westlichen Partnern in vollem Umfang vertragstreu geblieben ist.	338

15. 09. 1955	TASS-Erklärung zu den Vorbehalten der Bundesrepublik Deutschland Gegenüber den von Bundeskanzler Adenauer zum Ausdruck gebrachten Vorbehalten erklärt TASS im Auftrage der Regierung der UdSSR, daß die Sowjetunion die Bundesrepublik Deutschland als einen Teil und die „DDR“ als einen anderen Teil Deutschlands betrachtet. die Frage der Grenzen Deutschlands sei durch das Potsdamer Abkommen gelöst; die Bundesrepublik Deutschland übe ihre Jurisdiktion nur auf dem Gebiet aus, das unter ihrer Hoheit steht. Russischer und deutscher Wortlaut der Erklärung.	341
16. 09. 1955	Bericht des Bundeskanzlers Adenauer über die Moskauer Verhandlungen vor der Bundespressekonferenz Bundeskanzler Adenauer würdigte Vorgeschichte, Verlauf und Ergebnis der Moskauer Verhandlungen, bringt seine Genugtuung über die Rückkehr von 9626 Gefangenen zum Ausdruck und verweist auf die Unterstützung der „DDR“ durch die Regierung der UdSSR; er beschließt seinen Bericht mit einer Mahnung an die freie Welt zur fortdauernden Achtsamkeit.	342
16. 09. 1955	Bericht des Bundesministers von Brentano über die Moskauer Verhandlungen vor der Bundespressekonferenz Bundesminister von Brentano ergänzt die Ausführungen von Bundeskanzler Adenauer und betont, die Delegation der Bundesregierung habe keine Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sich ihre Politik durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion nicht ändert.	347
17. 09. 1955	Rundfunkansprache des Staatssekretärs Thedieck über die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung nach den Moskauer Verhandlungen Staatssekretär Thedieck untersucht die Frage, ob der Austausch diplomatischer Vertretungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Wege der Wiedervereinigung als ein Schritt vorwärts oder als ein Hemmnis anzusehen ist. Er versichert, daß die offenen Aussprachen den Staatsführern der Sowjetunion letzte Klarheit über den Willen der Bundesregierung, die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit anzustreben, gebracht haben.	349
	VERHANDLUNGEN ZWISCHEN DER UDSSR UND DER „DDR“ IN MOSKAU ZEITTADEL	352
17. 09. 1955	Erklärung des Ministerpräsidenten Bulganin Ministerpräsident Bulganin unterstreicht die engen Beziehungen zwischen der UdSSR und der „DDR“ und erklärt, die Regierung der UdSSR erwarte, daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zur Lösung der ganz Deutschland betreffenden ungelösten Fragen beiträgt.	352
17. 09. 1955	Erklärung des Ministerpräsidenten Grotewohl Ministerpräsident Grotewohl versichert die Bereitschaft der „DDR“ zur Mitarbeit bei der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa, unterstreicht die unverbrüchliche Freundschaft der „DDR“ zur UdSSR und schlägt vor, Experten mit der Vorbereitung der Texte der zu vereinbarenden Dokumente zu beauftragen.	355
19. 09. 1955	Erklärung des Außenministers Bolz Außenminister Bolz stellt fest, daß die Existenz zweier deutscher Staaten in Europa Fragen aufgeworfen hat, die die Völker nicht zur Ruhe kommen lassen.	357
19. 09. 1955	Erklärung des Ersten Sekretärs der KPdSU, Chruschtschow Chruschtschow erläutert die sowjetische Deutschlandpolitik, unterstreicht die Existenz zweier deutscher Staaten und feiert den Aufbau des Sozialismus in der „DDR“.	359
19. 09. 1955	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Präsident Eisenhower Ministerpräsident Bulganin erläutert den sowjetischen Standpunkt zu den Vorschlägen, die Präsident Eisenhower auf der Konferenz der Regierungschefs und der amerikanischen Delegierte Stassen vor dem Abrüstungs-Unterausschuß der Vereinten Nationen zur Rüstungsbeschränkung gemacht haben.	364
20. 09. 1955	Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen der UdSSR und der „DDR“ in Moskau Zusammensetzung der Delegationen; zusammenfassender Bericht über den Verlauf der Verhandlungen; Beratungsergebnisse. Deutscher und russischer Wortlaut des Kommuniqués.	368
20. 09. 1955	Vertrag über die Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR Deutscher und russischer Wortlaut des Vertrages.	371
20. 09. 1955	Schreiben des Außenministers Bolz an den Stellvertretenden Außenminister Sorin	375
20. 09. 1955	Schreiben des Stellvertretenden Außenministers Sorin an Außenminister Bolz In identischen Schreiben bestätigen die Außenminister der UdSSR und der „DDR“ folgendes Übereinkommen: Die Regierung der UdSSR überträgt die Kontrolle an den Grenzen der „DDR“, an der Demarkationslinie zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland, am Außenring von Groß-Berlin, in Berlin, sowie auf den im Gebiet der „DDR“ gelegenen Verbindungswegen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin der „DDR“. Davon ausgenommen wird „zeitweilig bis zur Vereinbarung eines entsprechenden Abkommens“ die Kontrolle des Verkehrs von Truppenpersonal und Gütern der in Westberlin stationierten Garnisonen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Russischer und deutscher Wortlaut des Schreibens.	376

20. 09. 1955	Beschluß der Regierung der UdSSR über die Aufhebung des Amtes des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland Dem Botschafter der UdSSR in der „DDR“ wird die bisher vom sowjetischen Hohen Kommissar wahrgenommene Aufrechterhaltung der Verbindungen zu den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik Deutschland für die Fragen übertragen, die sich aus den Beschlüssen der Vier Mächte über Gesamtdeutschland ergeben. Die in den Jahren 1945 - 1948 in Ausübung der Besatzungsrechte der Vier Mächte vom Kontrollrat in Deutschland erlassenen Gesetze, Direktiven, Befehle und anderen Verordnungen verlieren auf dem Gebiet der „DDR“ ihre Gültigkeit.	377
22. 09. 1955	Kommentar der Zeitschrift „Neue Zeit“: Ein historischer Vertrag Der Vertrag vom 20. September wird als die Eröffnung einer neuen Epoche in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der „DDR“ gefeiert.	378
22. 09. 1955	Schreiben des Parteivorstandes der KPD an den Präsidenten des 2. Deutschen Bundestages Die KPD beantragt einen Beschluß des 2. Deutschen Bundestages über unverzügliche Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der „DDR“.	381
	AUSSPRACHE DES 2. DEUTSCHEN BUNDESTAGES ÜBER DIE MOSKAUER VERHANDLUNGEN ÜBERSICHT	382
22. 09. 1955	Erklärung der Bundesregierung über die Moskauer Verhandlungen, abgegeben vom Bundeskanzler Adenauer Bundeskanzler Adenauer erstattet in einer Regierungserklärung dem Bundestag Bericht über Vorbereitung, Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen in Moskau.	382
23. 09. 1955	Ausführungen des Abg. Ollenhauer (SPD) zur Erklärung der Bundesregierung vom 22. September 1955 Abg. Ollenhauer dankt Bundeskanzler Adenauer für sein beharrliches Ringen um die Freigabe der Gefangenen und Verschickten. Er bezeichnet die These von Regierung und Mehrheit des Deutschen Bundestages, daß der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO die Sowjetunion zur Freigabe der von ihr besetzten Zone Deutschlands zwingen würde, als durch die Tatsachen widerlegt; die außenpolitische Lage der Bundesrepublik ist nach Ansicht der SPD nach Moskau eine andere als vorher.	391
23. 09. 1955	Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer Bundeskanzler Adenauer unterstreicht in einer Zwischenbemerkung, daß die Bundesregierung auch künftig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu der „DDR“ durch Staaten, die mit der Bundesrepublik Deutschland Beziehungen unterhalten, als einen unfreundlichen Akt ansehen wird.	401
23. 09. 1955	Aus der Erklärung des Abg. Krone (CDU/CSU) Abg. Krone würdigt die Heimkehr der Kriegsgefangenen und weist die Ansicht zurück, die Entscheidung von Moskau laufe auf eine Zweiteilung Deutschlands hinaus.	402
23. 09. 1955	Aus der Erklärung des Abg. Dehler (FDP) Abg. Dehler unterstreicht die Ansicht des Bundeskanzlers Adenauer, daß von nun an auf zwei Ebenen, auf der Ebene Moskau-Bonn und auf der Ebene der Genfer Konferenz, über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verhandelt werden kann; er gibt zu bedenken, daß die Frage gesamtdeutscher Wahlen niemals am Anfang, sondern am Ende von Verhandlungen mit allen Vier Mächten stehen wird.	403
23. 09. 1955	Aus der Erklärung des Abg. Brühler (DP) Abg. Brühler bemerkt, daß es keinen wirklichen Frieden gibt, solange die dem deutschen Volk von der Sowjetunion in der von ihr besetzten Zone aufgezwungene fremde Ordnung fortbesteht.	404
23. 09. 1955	Aus der Erklärung des Abg. Mocker (GB/BHE) Abg. Mocker erklärt, daß die aus den Moskauer Verhandlungen gewonnenen Erfahrungen verpflichten, die Wiedervereinigung noch mehr als bisher in den Mittelpunkt der deutschen Politik zu stellen.	405
23. 09. 1955	Beschlüsse des 2. Deutschen Bundestages zum Ergebnis der Verhandlungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland Der Bundestag spricht in zwei EntschlieÙungen einstimmig die Erwartung auf baldige Heimkehr der in der Sowjetunion zurückgehaltenen Personen und die Anerkennung der von Bundeskanzler Adenauer gemachten Vorbehalte hinsichtlich der Beziehungen zur UdSSR aus.	406
24. 09. 1955	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Bundeskanzler Adenauer Ministerpräsident Bulganin teilt die Bestätigung der Vereinbarung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland durch das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR mit. Russischer und deutscher Wortlaut des Schreibens.	407

BILLIGUNG DES VERTRAGES ZWISCHEN DER „DDR“ UND DER UDSSR DURCH DIE VOLKSKAMMER DER „DDR“

26. 09. 1955	Aus der Erklärung des Ministerpräsidenten Grotewohl Ministerpräsident Grotewohl fordert Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“, interpretiert den Vertrag vom 20. September 1955 und wendet sich gegen die von Bundeskanzler Adenauer hinsichtlich der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR gemachten Vorbehalte.	408
26. 09. 1955	Aus der Erklärung des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Ulbricht Ulbricht bezeichnet die „DDR“ als „den rechtmäßigen deutschen Staat“ und verteidigt die Wiedervereinigungspolitik der „DDR“	417
26. 09. 1955	Aus der Erklärung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Stoph Stoph begründet das Gesetz zur Ergänzung de Verfassung der „DDR“ vom 26. September 1955, das den „Dienst zum Schutz des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen“ zur ehrenvollen „Pflicht der Bürger der <DDR>“ macht.	429
27. 09. 1955	Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an Ministerpräsident Bulganin Bundeskanzler Adenauer spricht die Hoffnung aus, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und der Lösung der zwischen ihnen entstehenden Probleme dient. Deutscher und russischer Wortlaut des Schreibens.	430
28. 09. 1955	Gemeinsame Erklärung der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zum Abkommen zwischen der UdSSR und der „DDR“ Die Außenminister betonen die Fortdauer der Verpflichtung der vier Großmächte für ganz Deutschland und bestätigen, daß die Bundesrepublik die einzige deutsche Regierung ist, die frei und auf rechtlicher Grundlage gebildet worden ist; sie lehnen die Anerkennung des Regimes in der sowjetischen Besatzungszone ab und versichern, daß die endgültige Festlegung der deutschen Grenzen einem Friedensvertrag für Gesamtdeutschland vorbehalten bleibt.	431
28. 09. 1955	Kommuniqué über die Besprechungen der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in New York Die Außenminister erklären ihr Übereinkommen, die Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen eines europäischen Sicherheitsplanes mit Vorrang zu behandeln.	432
28. 09. 1955	Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjet über die Repatriierung kriegsgefangener und internierter Deutscher Das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR billigt die Entlassung von 8 877 und die Überstellung von 749 deutschen Bürgern in die „DDR“ oder in die Bundesrepublik Deutschland.	432
03. 10. 1955	Note der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR Die drei Regierungen erklären, daß die Bestimmungen des Vertrages vom 20. September 1955 die Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten nicht beeinträchtigen können, die die UdSSR in den gemeinsamen Abkommen und Vereinbarungen über Deutschland und Berlin übernommen hat.	433
04. 10. 1955	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Ministerpräsident Grotewohl Ministerpräsident Bulganin teilt die Ratifizierung des Vertrages vom 20. September 1955 mit und versichert, daß dadurch die Beziehungen zwischen der UdSSR und der „DDR“ eine neue und feste Basis erhalten hätten, die den ureigensten Interessen des deutschen Volkes und des Sowjetvolkes entsprechen. Russischer und deutscher Wortlaut des Schreibens.	434
07. 10. 1955	Kommentar der Zeitung „Englische Rundschau“: Der Geist von Genf Die „Englische Rundschau“ verweist auf Ereignisse, die Zweifel am Interesse der Sowjetunion an internationaler Entspannung aufkommen lassen und kommentiert die britischen Vorstellungen über die „Synchronisierung der deutschen Wiedervereinigung und des Inkrafttretens eines Sicherheitssystems zwischen Ost und West in Europa“.	435
14. 10. 1955	Vorschläge der SPD zur Genfer Außenministerkonferenz im Oktober/November 1955 Unter Bezugnahme auf ihre im Frühjahr 1955 unterbreiteten Vorschläge legt die SPD ihre Vorstellungen über die Situation Deutschlands vor dem Zusammentritt der Konferenz der Außenminister dar.	438
BERATENDE VERSAMMLUNG DES EUROPARATES		
14. 10. 1955	Aus dem Bericht des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten der Beratenden Versammlung des Europarates (Berichterstatter: Abg. de Menthon) Der Bericht, der in Teil III Probleme der deutschen Einheit und in Teil IV Fragen der europäischen Einheit erörtert, betont und begründet die Bedeutung der Wiedervereinigung Deutschlands für die Sicherheit Europas.	445
15. 10. 1955	Prof. Dr. H. Kraus: Bundesrepublik und Sowjetunion. Die völkerrechtliche Bedeutung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR wird weder eine Entscheidung in der Frage der deutschen Ostgrenzen getroffen noch der völkerrechtliche Status der „DDR“ aufgewertet.	449

18. 10. 1955	Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten In Beantwortung der Note vom 3. Oktober 1955 erklärt die Regierung der UdSSR, daß die „DDR“ Hoheitsrechte auf dem Territorium ausübt, das ihrer Souveränität untersteht, und weist darauf hin, daß die Kontrolle der Transporte von Militärpersonal und Frachten der in Berlin stationierten Garnisonen Frankreichs, Großbritanniens und der USA „zeitweilig bis zur Erzielung eines entsprechenden Abkommens“ vom Oberkommando der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland wahrgenommen wird.	451
19. 10. 1955	Rundfunkansprache des Bundesministers von Brentano Bundesminister von Brentano interpretiert Einstellung und Beitrag der Bundesregierung zur internationalen Entspannung. Er erwartet von der Sowjetunion, daß sie als Beweis ihres Eintretens für eine weltweite Entspannung die Ursachen der Spannung beseitigt, d.h. mitwirkt, Deutschland seine staatliche Einheit und die gesicherte Freiheit wiederzugeben; die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland könne nur eine Etappe auf dem Weg zur Einheit Deutschlands sein.	453
20. 10. 1955	Aus der Erklärung des Staatssekretärs Hallstein vor der Beratenden Versammlung des Europarates Staatssekretär Hallstein nennt die Ansicht, daß es zu einer internationalen Entspannung ohne Beseitigung der Spaltung Deutschlands kommen könne, einen „strategischen Irrtum“ und vergleicht die Auffassungen der Regierung der UdSSR und der Bundesregierung über die Entwicklung in Deutschland.	457
20. 10. 1955	Erklärung des Bundesministers von Merkatz vor der Beratenden Versammlung des Europarates Bundesminister von Merkatz würdigt den Bericht des Abg. de Menthon und legt in zwölf Thesen seine Ansichten über die Lage Deutschlands dar.	461
22. 10. 1955	Rundfunkansprache des Staatssekretärs Thedieck Staatssekretär Thedieck erklärt, hinter den wiederholten Forderungen der SED nach Gesprächen und Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow stehe offensichtlich die Absicht, eine Stabilisierung des Machtapparates der SED zu erreichen.	467
23. 10. 1955	Interview des Ministerpräsidenten Grotewohl für die Zeitung „Sonntag“ Ministerpräsident Grotewohl weist den Vier Mächten die Aufgabe der Schaffung eines allgemeinen europäischen Sicherheitssystems zu und bezeichnet die Wiedervereinigung Deutschlands als eine innere Aufgabe des deutschen Volkes. Er schlägt vor, daß Vertreter aus „beiden deutschen Staaten“ vor dem Genfer Forum ihren Standpunkt darlegen.	469
25. 10. 1955	Aus dem Interview des Außenministers Molotow für österreichische Journalisten Außenminister Molotow bezeichnet das Problem der Festigung der europäischen Sicherheit und das Problem der Verständigung über die Abrüstung als Hauptberatungsthemen der bevorstehenden Konferenz. Die deutsche Frage nennt er eines der schwierigsten Probleme der gegenwärtigen Situation.	470
27. 10. 1955	Entschließung Nr. 87 der Beratenden Versammlung des Europarates Für zukünftige Ost-West-Konferenzen werden fünf Empfehlungen gegeben: 1. Entspannung ist möglich und zu begrüßen; die Behauptung der Sicherheit aller verlangt Wachsamkeit; die durch eine engere Zusammenfassung der europäischen Solidarität erreicht werden soll. 2. Der Rüstungswettlauf ist das Ergebnis des Mißtrauens und der politischen Spannung. Anstrengungen zu einer allgemeinen gleichzeitigen und gegenseitig kontrollierten Abrüstung werden unterstützt. 3. Die Notwendigkeit der baldigen Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen wird nachdrücklich anerkannt, wobei die enge Verbindung zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und einem europäischen Sicherheitssystem betont wird. 4. An die Pflicht des Westens, sich nicht mit der Entziehung der nationalen Unabhängigkeit und der politischen Freiheit für eine große Zahl von Völkern Mittel- und Osteuropas abzufinden, wird erinnert. 5. Konsultationen mit anderen interessierten Ländern werden für den Fall empfohlen, daß die drei Westmächte mit der Sowjetunion zu einem Abkommen über den angeführten Fragenkomplex gelangen.	472
27. 10. 1955	Aus dem Beschluß des 25. Plenums des ZK der SED In einer eingehenden Darstellung der Deutschlandpolitik der SED werden fünf Forderungen für die Annäherung der „beiden deutschen Staaten“ erhoben; abschließend wird versichert, daß die Lehre von Marx und Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, nunmehr auch in Deutschland, dem Heimatland des Marxismus, verwirklicht wird.	473
	KONFERENZ DER AUSSENMINISTER IN GENÈVE ZEITTAFFEL	483
27. 10. 1955	Erklärung des Außenministers Pinay Außenminister Pinay erläutert in seiner Eröffnungsansprache an Hand der Direktive der Regierungschefs vom 23. Juli 1955 die den Außenministern gestellten Aufgaben.	489

27. 10. 1955	Vorschlag der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zur Wiedervereinigung Deutschlands Entwurf eines Vertrages mit besonderen Garantien bei der Wiedervereinigung Deutschlands. Revidierter „Eden-Plan“.	492
27. 10. 1955	Erklärung des Außenministers Macmillan Außenminister Macmillan bedauert die Erkrankung des Präsidenten Eisenhower und betont den Friedenswillen des britischen Volkes.	497
27. 10. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow greift die Direktive vom 23. Juli 1955 auf, gibt einen Rückblick auf die Beratungen während der Konferenz der Regierungschefs und verweist auf die bei der Prüfung des deutschen Problems unvermeidlich auftauchende Frage, welchen Weg das geeinte Deutschland gehen wird, den Weg der Umwandlung in einen militaristischen Staat, der in militärische Gruppierungen der Westmächte eingegliedert ist, oder den Weg der Entwicklung eines friedliebenden und demokratischen Staates, der sich an keinem militärischen Block beteiligt und mit anderen Staaten zur Festigung des Friedens zusammenarbeitet. Er betont, daß gegenwärtig „zwei deutsche Staaten“ mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bestehen und daß es nicht möglich ist, eine Lösung des deutschen Problems zuungunsten der Interessen des einen oder des anderen Teiles Deutschlands oder zuungunsten der sozialen „Errungenschaften“ der Werktätigen der „DDR“, zu suchen, die für das deutsche Volk eine überragende Bedeutung hätten.	498
27. 10. 1955	Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles spricht über die drei Hauptthemen der Konferenz, das Problem Deutschland, die Frage der Abrüstung und das Problem der Ost-West-Kontakte.	501
28. 10. 1955	Erklärung des Außenministers Macmillan Außenminister Macmillan schlägt eine Übereinkunft über freie Wahlen in Deutschland vor, die sobald als möglich abzuhalten sind, entwickelt in Anlehnung an die zwei Fassungen des Eden-Plans die dabei einzuschlagende Verfahrensweise und erklärt, durch die Teilung Deutschlands sei ein Zustand der Spannung in Europa geschaffen worden, der eine Gefahr für alle darstellt.	502
28. 10. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow schlägt den Abschluß eines Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa vor, an dem neben anderen europäischen Staaten vor der Vereinigung Deutschlands „beide deutsche Staaten“ teilnehmen sollen. Er äußert sich zu den Vorschlägen Macmillans und formuliert demgegenüber den Standpunkt der Regierung der UdSSR.	505
28. 10. 1955	Entwurf der Regierung der UdSSR für einen allgemeinen Vertrag über die kollektive Sicherheit in Europa (Grundprinzipien)	509
28. 10. 1955	Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles verweist auf die vorgeschlagenen Garantien bei der Wiedervereinigung Deutschlands und bezeichnet sie als ehrlichen, aufrichtigen und umsichtigen Versuch, die Direktive der Regierungschefs auszuführen und dem Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion Rechnung zu tragen.	511
28. 10. 1955	Erklärung des Außenministers Pinay Außenminister Pinay gibt zu bedenken, daß durch die Wiedervereinigung Deutschlands aufgrund freier Wahlen die Beteiligung der Deutschen an der Lösung der deutschen Frage erreicht werden kann, und betont, daß die Wiedervereinigung Deutschlands unter Bedingungen erfolgen muß, die die Sicherheit aller gewährleisten. An die Spitze seiner Darlegungen über NATO und WEU stellt er die Bemerkung, die öffentliche Meinung wisse, daß der Zweite Weltkrieg nicht ausgebrochen wäre, wenn 1939 ähnliche Organisationen existiert hätten.	514
29. 10. 1955	Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles vergleicht die Vorschläge der Westmächte mit dem Plan der UdSSR und weist bei dessen Beurteilung auf recht ernste Abweichungen von der grundlegenden Richtlinie hin. Er bezeichnet den sowjetischen Vorschlag als eine stereotype Wiederholung der sowjetischen Berlin-Vorschläge vom Januar/Februar 1954 und macht darauf aufmerksam, daß die Wiedervereinigung Deutschlands bezeichnenderweise nicht einmal erwähnt wird.	517
29. 10. 1955	Erklärung des Außenministers Pinay Außenminister Pinay unterstreicht die unverkennbare Verbindung zwischen der Sicherheit Europas und der Wiedervereinigung Deutschlands im Punkt I der Direktive vom 23. Juli 1955.	519
29. 10. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Macmillan Außenminister Macmillan stellt die Ausführungen Molotows über die Aufrüstung in Deutschland richtig; er verweist darauf, daß in Mitteldeutschland fast 100 000 Mann unter Waffen stehen, während es in der Bundesrepublik noch keinen einzigen Soldaten gibt.	523

29. 10. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow setzt sich mit dem Vorschlag der Westmächte auseinander und wirft die Frage auf, ob nur ein solches Deutschland interessiert, das von vornherein als obligatorischer Partner der einen oder anderen Gruppierung angesehen wird. Er wendet sich der Hauptfrage, dem Problem der Sicherheit der Länder ganz Europas zu, das nach seiner Ansicht von erstrangiger Bedeutung ist.	525
29. 10. 1955	Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles betont die Notwendigkeit, den Standpunkt der Regierung der UdSSR bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands kennenzulernen und untersucht die Meinungsverschiedenheiten, die über die Reihenfolge der Behandlung des Problems der europäischen Sicherheit bestehen. Er spricht von den zwei Seiten derselben Münze; die eine Seite ist die europäische Sicherheit, die andere die deutsche Wiedervereinigung. Dulles stellt fest, daß die Sicherheitsvorschläge gegenstandslos sind, wenn keine Einigung über die Wiedervereinigung Deutschlands als Voraussetzung der Sicherheit in Europa erzielt werden kann.	526
29. 10. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles wiederholt seine Ansicht, daß sich auf der Voraussetzung eines geteilten Deutschland keine Sicherheit in Europa erreichen läßt.	527
31. 10. 1955	Erklärung des Außenministers Pinay Außenminister Pinay spricht sich für einen verstärkten Gedankenaustausch und für verstärkte kulturelle Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten aus.	528
31. 10. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Macmillan Außenminister Macmillan befürwortet freie Kontakte und Freizügigkeit zwischen Ost und West.	530
31. 10. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow unterbreitet vier Vorschläge zum Ausbau der Beziehungen zwischen Ost und West.	533
31. 10. 1955	Vorschlag der Regierung der UdSSR zur Entwicklung von Ost-West-Kontakten	536
31. 10. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles erläutert die amerikanischen Vorstellungen über die Verbesserung der Ost-West-Kontakte.	538
31. 10. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow erläutert die Vorschläge der Sowjetunion über die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa.	542
31. 10. 1955	Entwurf der Regierung der UdSSR für einen Vertrag über die Sicherheit in Europa	544
31. 10. 1955	Vorschlag der sowjetischen Delegation für eine Zone kontrollierter Rüstungsbeschränkung zwischen Ost und West. Die sowjetische Delegation schlägt eine Verständigung über vier von ihr unterbreiteten Grundsätzen zur Schaffung einer Zone kontrollierter Rüstungsbeschränkung zwischen Ost und West vor.	546
31. 10. 1955	Vorschlag der drei Mächte zur Entwicklung von Ost-West-Kontakten, vorgelegt von der französischen Delegation	547
31. 10. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow schlägt zur Lösung des Deutschlandproblems eine Annäherung zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland vor und beantragt, den Ministerpräsidenten der „DDR“ und den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zur Teilnahme an der Konferenz einzuladen.	550
31. 10. 1955	Erklärung der Regierung der „DDR“ an das deutsche Volk, an die Genfer Konferenz der Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Republik Frankreich In einer ausführlichen Darlegung erhebt die Regierung der „DDR“ Vorwürfe gegen die Bundesrepublik Deutschland, nennt sich selbst ein Bollwerk der demokratischen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes und erklärt es als selbstverständlich, daß keine Wiedervereinigung Deutschlands auf Kosten der sozialen, politischen und kulturellen „Errungenschaften“ der werktätigen Menschen der „DDR“ möglich ist. Die Regierung der „DDR“ schlägt die Bildung eines gesamtdeutschen Rates vor und unterbreitet der Außenministerkonferenz der Vier Mächte Vorschläge zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa und für die Forderung der Großmächte nach einer Annäherung zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland.	551
02. 11. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Macmillan Außenminister Macmillan stellt fest, daß die sowjetischen Sicherheitsvorschläge auf der Teilung Deutschlands beruhen und wiederholt die Auffassung der Regierungen der westlichen Mächte, daß im Mittelpunkt Europas eine Quelle für Konflikte besteht, solange Deutschland geteilt bleibt.	561
02. 11. 1955	Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dulles Unter Hinweis auf die Bemerkung des Ministerpräsidenten Bulganin auf der Genfer Konferenz der Regierungschefs, daß die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat gewaltige Bedeutung für den Frieden in Europa und für die deutsche Nation selbst hat, erklärt Staatssekretär Dulles, es sei bedeutsam, ja dringlich, daß die Sowjetunion ihre Vorschläge bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands endlich bekanntgibt.	562

02. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Pinay Außenminister Pinay setzt sich mit den sowjetischen Vorschlägen über die Schaffung einer Zone der Rüstungsbeschränkung auseinander; er bezeichnet die dabei von der Sowjetunion angenommene Fortdauer der Teilung Deutschlands als einen vollkommen abnormen Zustand und wesentlichen Unsicherheitsfaktor.	563
02. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow bedauert, daß den Regierungen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit genommen ist, auf der Konferenz ihre Standpunkte darzulegen, verurteilt die Deutschlandpolitik der Westmächte und geht ausführlich auf die Bedeutung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa auch für die zwei deutschen Staaten ein. Er verwirft die Einstellung, daß die Vereinigung Deutschlands einfach sei, weil nur gesamtdeutsche Wahlen durchgeführt werden müßten und spricht die Überzeugung aus, daß der Zeitpunkt für gesamtdeutsche Wahlen kommt.	565
02. 11. 1955	Vorschlag der Regierung der UdSSR für die Bildung eines gesamtdeutschen Rates	571
02. 11. 1955	Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles betont, im Augenblick sei nicht wichtig, wer für die Spaltung Deutschlands verantwortlich ist, sondern vielmehr, wer dafür verantwortlich ist, daß Deutschland wiedervereinigt wird. Er verweist auf die Bestimmung der Direktive der vier Regierungschefs, die die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen fordert, und legt deren Vorzüge für das deutsche Volk dar.	572
02. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Pinay Außenminister Pinay erörtert – als sowjetische Voraussetzungen der Wiedervereinigung Deutschlands – die Aufrechterhaltung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der SBZ und die Berücksichtigung des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses.	574
03. 11. 1955	Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles begründet die von den Westmächten unterbreiteten Vorschläge über die Wiedervereinigung Deutschlands, setzt sich mit den Einwänden auseinander, die Außenminister Molotow vorgetragen hat, und bemerkt, „daß die unbegrenzte Verlängerung der Teilung Deutschlands das gefährlichste ist, was wir überhaupt tun können“.	577
03. 11. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Pinay Außenminister Pinay präzisiert die Konferenzlage und stellt unter Hinweis auf die den Außenministern von den Regierungschefs gestellte Aufgabe die Frage, wann und in welcher Form allgemeine freie Wahlen in Deutschland stattfinden.	582
03. 11. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Macmillan Außenminister Macmillan erinnert an den Eden-Plan, der er unter gleichzeitiger Widerlegung der Bedenken der Sowjetunion erneut als geeignetes Mittel zur Wiedervereinigung Deutschlands bezeichnet.	583
03. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow lehnt den Eden-Plan als Grundlage einer Verständigung über Deutschland ab, rechtfertigt die in der „DDR“ üblichen Wahlen nach Einheitslisten und bedauert die Ablehnung des von der Sowjetunion vorgeschlagenen gesamtdeutschen Rates.	587
04. 11. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles macht auf den Fortbestand des fundamentalen Unterschiedes aufmerksam, daß die Sicherheitsvorschläge der Westmächte ein vereinigt Deutschland voraussetzen, während der sowjetische Vorschlag ein geteiltes Deutschland annimmt; er bedauert, daß die sowjetische Delegation in bezug auf die deutsche Wiedervereinigung nicht die Direktive der Regierungschefs respektiert.	593
04. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Macmillan Außenminister Macmillan beschäftigt sich eingehend mit der Feststellung Molotows, daß es zwei getrennte deutsche Staaten gibt. Er weist die Vorwürfe gegen eine angebliche Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland zurück, erinnert an den Eden-Plan und stellt an Außenminister Molotow sieben Fragen zur Situation Deutschlands.	596
04. 11. 1955	Vorschlag der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu einer Entschließung über die Vorbereitung gesamtdeutscher freier Wahlen im Jahre 1956	601
05. 11. 1955	Erklärung der Beobachterdelegation der „DDR“ zur Frage gesamtdeutscher freier Wahlen Es wird betont, daß das deutsche Volk selbst die Voraussetzungen für die deutsche Wiedervereinigung schaffen müsse; der Vorschlag der Außenminister der Westmächte lasse die Errichtung eines demokratischen und friedliebenden Deutschlands völlig außer acht und ignoriere den Anspruch „beider deutscher Staaten“ auf Souveränität und den Anspruch des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung.	602
06. 11. 1955	Aus der Rede des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR, L. M. Kaganowitsch, auf der Festsitzung zum 38. Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Kaganowitsch betont, daß die Regierung der UdSSR die von der Regierung der „DDR“ zur Genfer Konferenz unterbreiteten Ansichten und Vorschläge bezüglich der Wege zur Lösung der deutschen Frage gutheißt und unterstützt.	603

08. 11. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Pinay Außenminister Pinay betont, daß die französische Regierung und das französische Volk das Interesse der Sowjetunion an der Berücksichtigung der allgemeinen Sicherheit bei der Wiedervereinigung Deutschlands versteht und teilt. Seine Ansichten über den derzeitigen und künftigen Status Deutschlands faßt er in fünf Thesen zusammen.	605
08. 11. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Macmillan Außenminister Macmillan behandelt Einzelheiten des von den Westmächten vorgeschlagenen Zusicherungsvertrags; dabei betont er, daß sowohl die westlichen als auch die östlichen Nachbarn Deutschlands Signatäre des Vertrages werden sollen, und erinnert an die für den Fall vorgesehenen Maßnahmen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland alle Vereinbarungen verletzt.	607
08. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow betont, daß die Vier Mächte eine bestimmte Verantwortung für die Regelung der Deutschlandfrage und für die Umgestaltung des Lebens in Deutschland auf demokratischer und friedlicher Grundlage tragen. Während er die Bundesrepublik Deutschland als einen „Staat der großen Monopole und Junker“ bezeichnet, sagt er von der „DDR“, durch sie sei zum ersten Mal ein wirklich friedliebender deutscher Staat geschaffen worden. Er bemerkt, die Vorschläge der Westmächte würden die reale Lage in Deutschland übersehen, deshalb trügen ihre Vorschläge keinen konstruktiven Charakter.	610
09. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Macmillan Außenminister Macmillan interpretiert den „Genfer Geist“ und bemerkt, daß die durch die Haltung der Sowjetunion eingetretene Situation der Verwerfung der Direktive der Regierungschefs gleichkommt.	616
09. 11. 1955	Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles stellt die Auffassung der Sowjetunion fest, daß die Sicherheit Europas am besten durch eine Fortdauer der Teilung Deutschlands gewährleistet wird, und beschwört die Regierung der UdSSR, das Unrecht eines geteilten Deutschlands mit der darin eingeschlossenen Gefahr für die europäische Sicherheit nicht zu verewigen.	617
09. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Pinay Außenminister Pinay beschäftigt sich mit der Weigerung der Sowjetunion, freie Wahlen in ganz Deutschland zuzulassen und faßt die Ansichten der Regierungen der Westmächte dazu in sechs Feststellungen zusammen.	621
09. 11. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow bedauert die Ablehnung des Vorschlages, Vertreter West- und Ostdeutschlands zur Wiedervereinigung zu hören und bezeichnet die Sowjetunion als unerschütterlichen Verfechter der Wiedervereinigung Deutschlands und freier gesamtdeutscher Wahlen; die Lösung dieser Fragen nennt er eine Sache des deutschen Volkes. Er erinnert an die von der Sowjetunion vorgeschlagene Bildung eines gesamtdeutschen Rates und interpretiert den „Geist von Genf“.	624
09. 11. 1955	Entwurf der Regierung der UdSSR für ein Grundsatzabkommen über einen Vertrag zwischen den beiden Staatengruppen Europa	627
10. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow gibt eine ausführliche Darstellung der Bemühungen und Vorstellungen der Sowjetunion zur Abrüstungsfrage; er geht auf den von Präsident Eisenhower auf der Konferenz der Regierungschefs unterbreiteten Vorschlag und auf die Ausführungen des Ministerpräsidenten Bulganin dazu ein.	628
10. 11. 1955	Vorschlag der Regierung der UdSSR für eine Entschließung zur Abrüstungsfrage	634
10. 11. 1955	Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles stellt fest, daß die Regierungschefs die Außenminister nicht beauftragt haben, ins einzelne gehende Verhandlungen über Abrüstungsvorschläge zu führen, und erläutert den Luftinspektionsplan des Präsidenten Eisenhower.	636
10. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Pinay Außenminister Pinay faßt die Ergebnisse der Beratungen des Abrüstungsausschusses vom 29. August bis 7. Oktober 1955 in vier Thesen zusammen und verweist auf die Übereinstimmungen zwischen den Vorschlägen des Präsidenten Eisenhower und des Ministerpräsidenten Bulganin.	640
10. 11. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Macmillan Außenminister Macmillan betont die überragende Bedeutung eines Inspektions- und Meldesystems für die Verwirklichung jedes Abrüstungsplanes und unterstreicht die Notwendigkeit, stufenweise vorzugehen.	643
10. 11. 1955	Entwurf der Delegationen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten für eine Abrüstungserklärung der Außenminister	647
11. 11. 1955	Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles interpretiert ausführlich den von Präsidenten Eisenhower auf der Konferenz der Regierungschefs vorgelegten Luftinspektionsplan.	648
11. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Pinay Außenminister Pinay erläutert die Entscheidungsmöglichkeit der Außenminister in der Abrüstungsfrage.	652
11. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Macmillan Außenminister Macmillan gibt einen Überblick über die zahlenmäßige Stärke der britischen Streitkräfte und versichert das Interesse seiner Regierung an einer baldmöglichen vertraglich geregelten Abrüstung.	654

11. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow geht ausführlich auf die Darlegungen der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zur Abrüstungsfrage ein und behandelt die Probleme Kontrolle und Atomwaffenverbot.	657
11. 11. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles verweist auf den Widerspruch zwischen den sowjetischen Vorschlägen vom 10. November und 10. Mai 1955.	662
11. 11. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles verweist auf die Notwendigkeit einer wirksamen Kontrolle jeder Rüstungsbegrenzung und -minderung.	663
12. 11. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles betont, daß die Westmächte auf die Entwicklung von Inspektions- und Kontrollmethoden großen Wert legen.	664
12. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow erläutert die sowjetische Auffassung, daß das Abrüstungsproblem gegenwärtig in erster Linie eine Frage des Atomwaffenverbotes ist.	666
12. 11. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles erklärt, das Ziel der Abrüstungsbemühungen sei die Verhinderung nicht nur des Atomkrieges, sondern auch des Krieges mit konventionellen Waffen.	668
14. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Macmillan Außenminister Macmillan erörtert die Sachverständigenberichte zur Frage der Ost-West-Kontakte.	669
14. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow legt eingehend die sowjetischen Vorstellungen zum Problem der Entwicklung von Ost-West-Kontakten dar.	673
14. 11. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles betont die Bedeutung der Entwicklung von Ost-West-Kontakten und beschäftigt sich mit der dazu von der sowjetischen Delegation eingenommenen Haltung.	676
14. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Pinay Außenminister Pinay bedauert den geringen Fortschritt in der Frage der Entwicklung von Ost-West-Kontakten.	681
14. 11. 1955	Vorschlag der Delegationen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten für eine Erklärung der vier Außenminister zur Entwicklung von Ost-West-Kontakten	684
15. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow verteidigt die Haltung der Regierung der Sowjetunion zur Frage der Ost-West-Kontakte.	686
15. 11. 1955	Vorschlag der Delegation der UdSSR für eine Erklärung der vier Außenminister zur Entwicklung von Ost-West-Kontakten	687
15. 11. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles vergleicht den westlichen und den sowjetischen Vorschlag zur Frage der Entwicklung von Ost-West-Kontakten.	688
15. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow betont, daß nach Ansicht der Sowjetunion die Hauptfrage des Problems der Entwicklung von Kontakten zwischen Ost und West die Frage der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und des internationalen Handels ist.	690
15. 11. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles unterstreicht die Notwendigkeit eines freien Ideenaustausches und versichert das Interesse der Regierung der Vereinigten Staaten daran.	694
15. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow erinnert an den Vorschlag der Sowjetdelegation, aus Deutschland binnen dreimonatiger Frist alle ausländischen Truppen mit Ausnahme beschränkter Kontingente abzuziehen, verweist auf den Vorschlag über wesentliche Einschränkung der ausländischen Truppen in Deutschland und betont die Ansicht der Sowjetunion, sich schon jetzt über eine Vereinbarung mit den Regierungen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland über die Begrenzung der zahlenmäßigen Stärke der bewaffneten Formationen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland zu verständigen.	695
15. 11. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles stellt fest, daß sich in Deutschland keine amerikanischen Truppen befinden, deren Anwesenheit die dortige Regierung und das deutsche Volk nicht wünschen.	697
15. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow erinnert an den sowjetischen Entwurf zum Abschluß eines Vertrages zwischen den in Europa bestehenden Staatengruppierungen.	697
15. 11. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles beruft sich auf Art. 21 Ziff. 4 und auf Art. 33 der Charta der Vereinten Nationen und betont deren Respektierung durch die Vereinigten Staaten.	699
15. 11. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles verteidigt seine Berufung auf die Charta der Vereinten Nationen und erinnert an die Bestimmungen der Direktive der Regierungschefs.	699

15. 11. 1955	Vorschlag der Delegation der UdSSR zu Punkt I der Tagesordnung (Europäische Sicherheit und Deutschland)	700
15. 11. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles bezeichnet den Entwurf der Sowjetdelegation als interessant, bemerkt jedoch, daß er seiner Ansicht nach den Tatsachen nicht gerecht wird.	701
15. 11. 1955	Vorschlag der Delegation der UdSSR für eine Erklärung der vier Außenminister über die Abrüstungsfrage	702
15. 11. 1955	Zusammenfassende Mitteilung über die Sitzungen des Fachausschusses für Ost-West-Kontakte	703
15. 11. 1955	Zusammenfassende Mitteilung über die von der Delegation der UdSSR eingenommene Haltung zu dem Vorschlag der Westmächte zur Entwicklung von Ost-West-Kontakten	705
16. 11. 1955	Erklärung des Staatssekretärs Dulles In einer Rückschau auf die Konferenz verweist Staatssekretär Dulles auf die Erklärung in der Note der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten vom 10. Mai, nach der zur Lösung der anstehenden Probleme Zeit und Geduld erforderlich sind.	707
16. 11. 1955	Vorschlag der Delegationen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu einer Vier-Mächte-Erklärung über die Abrüstungsfrage	708
16. 11. 1955	Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles erklärt in seiner Rückschau auf die Konferenz der Außenminister, die sowjetische Weigerung, freie Wahlen in Mitteldeutschland auch nur ins Auge zu fassen, habe eine Bedeutung, die weit über die Grenzen Deutschlands hinausgehe.	709
16. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Pinay Außenminister Pinay setzt sich in seiner Schlußerklärung mit der sowjetischen Haltung auf der Konferenz der Außenminister auseinander.	710
16. 11. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Macmillan Außenminister Macmillan bezeichnet den Gegensatz in der Frage der deutschen Wiedervereinigung als Grundproblem der internationalen Lage.	714
16. 11. 1955	Aus der Erklärung des Außenministers Molotow Außenminister Molotow erklärt, die Lösung des Deutschlandproblems und die Wiedervereinigung seien mit der Frage verbunden, auf welchem Wege sich ein vereinigtes Deutschland entwickeln soll. Er unterstreicht die Notwendigkeit einer Annäherung und Zusammenarbeit zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland.	716
16. 11. 1955	Kommuniqué über den Abschluß der Konferenz der Außenminister Das Kommuniqué spricht von einer freimütigen und umfassenden Diskussion der in der Direktive vom 23. Juli 1955 angeführten drei Punkte.	
16. 11. 1955	Englischer, französischer, russischer und deutscher Wortlaut des Kommuniqués. Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten über Deutschland und die Europäische Sicherheit Die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten erklären, daß das Ergebnis der Konferenz der Außenminister in Genf bittere Enttäuschung im deutschen Volk – östlich und westlich der zu Unrecht bestehenden Zonengrenze – auslösen muß. Sie versichern, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen, das Unrecht der Teilung Deutschlands zu beenden.	718
17. 11. 1955	Englischer, französischer und deutscher Wortlaut der Erklärung. Interview des Staatssekretärs Handke für die Nachrichtenagentur ADN zum Ausgang der Außenministerkonferenz von Genf Staatssekretär Handke beschuldigt die Westmächte, unter Wiedervereinigung das Vorverlegen der NATO-Truppen bis an die Oder zu verstehen und erklärt, auch zukünftige internationale Konferenzen würden in Deutschland kaum einen Fuß breit weiterkommen, wenn nicht an ihnen Vertreter „beider deutscher Staaten“ teilnehmen.	719
17. 11. 1955	Erklärung des Bundesministers von Brentano zum Ergebnis der Außenministerkonferenz von Genf Bundesminister von Brentano bezeichnet den Ausgang der Konferenz der Außenminister als tiefe Enttäuschung, bekennt sich jedoch zu einer Fortführung der Bemühungen um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.	721
17. 11. 1955	Artikel des stellvertretenden Leiters der Abteilung Agitation und Propaganda im ZK der SED, Gerhard Kegel, in der Zeitung „Neues Deutschland“: Deutschlandfrage und die Lehren von Genf Kegel bezeichnet die in Genf vorgetragenen Ansichten der Westmächte als amerikanische Konzeption, der die deutsche Konzeption gegenübersteht, die von der „DDR“ vertreten werde. Die Genfer Konferenz habe gezeigt, daß es unmöglich ist, mit Aussicht auf Erfolg über die deutsche Frage zu verhandeln, wenn nicht „beide deutsche Staaten“ an diesen Verhandlungen mitwirken. Er spricht von einem Prozeß der Klärung und der Herausarbeitung richtiger Schlußfolgerungen, um die deutsche Frage endlich aus der Sackgasse herauszuführen.	723
		724

17. 11. 1955	Erklärung des Außenministers Molotow auf dem Flugplatz Schönefeld Außenminister Molotow bezeichnet die Gewährleistung der europäischen Sicherheit als wichtigsten Beratungspunkt der Konferenz von Genf, spricht von der besonderen Verantwortung der „DDR“ und bemerkt, daß fruchtbringende Ergebnisse bei der Lösung des Deutschlandproblems ohne Teilnahme der Deutschen selbst nicht erreicht werden können: „Die Lösung der Deutschlandfrage ist vor allem eine Angelegenheit der Deutschen selbst“.	727
18. 11. 1955	Leitartikel der Zeitung „Neues Deutschland“: Was hat Genf gebracht? Der Kommentar stellt fest, es stehe nicht zur Frage, welche „Errungenschaften“ der „DDR“ erhalten bleiben, da alle „Errungenschaften“ der Werktätigen unantastbar seien. Die Forderung nach freien Wahlen wird polemisch abgewiesen und der Ruf nach „Aktionsfreiheit der deutschen Arbeiterklasse“ wiederholt.	730
25. 11. 1955	Erklärung der Regierung der „DDR“ zum Abschluß der Außenministerkonferenz von Genf Die Regierung der „DDR“ betont, die Konferenz der Außenminister habe erneut bestätigt, daß die deutsche Frage ohne die Deutschen selbst nicht gelöst werden kann. Sie erklärt ihre Bereitschaft, gemeinsam mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die erforderlichen Anstrengungen zur Bildung eines gesamtdeutschen Rates zu unternehmen.	732
27. 11. 1955	Resolution des VIII. ordentlichen Kongresses der Europa-Union Deutschland Zeitplan zur Wiedervereinigung Deutschlands.	734
30. 11. 1955	Beschluß Nr. 1289/55 des Senats von Berlin zum Vier-Mächte-Status von Berlin Der Senat von Berlin wendet sich gegen den Versuch, den sowjetisch besetzten Teil der Stadt aus dem Gesamtkörper Berlins herauszuberechnen und betont den Vier-Mächte-Status der Stadt.	735
01. 12. 1955	Artikel der Zeitschrift „Einheit“: Kollektive Sicherheit und Wiedervereinigung Deutschlands In einer Rückschau auf die Konferenz der Außenminister wird erklärt, die kollektive Sicherheit in Europa schaffe die notwendigen außenpolitischen Vorbedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands; zu den inneren Voraussetzungen der Wiedervereinigung gehöre die Verwirklichung der Losung „Deutsche an einen Tisch!“ und die Annäherung „beider deutscher Staaten“ durch die Bildung eines gesamtdeutschen Rates.	736
01. 12. 1955	Schreiben des Botschafters der Vereinigten Staaten in Bonn, Conant, an den Botschafter der UdSSR in Berlin, Puschkin Botschafter Conant betont, daß die von General Dibrowa gezeigte Haltung mit dem Vier-Mächte-Status von Berlin unvereinbar ist.	740
	AUSSPRACHE DES 2. DEUTSCHEN BUNDESTAGES ÜBER DEN AUSGANG DER AUSSENMINISTERKONFERENZ ÜBERSICHT	741
01. 12. 1955	Erklärung der Bundesregierung zur außenpolitischen Lage, abgegeben durch Bundesminister von Brentano Die Erklärung der Bundesregierung gibt einen ausführlichen Überblick über die Konferenz der Außenminister in Genf und nimmt zu deren Ausgang Stellung; sie bekennt sich zu ihrer Verantwortung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, zu ihrer besonderen Verpflichtung gegenüber Berlin und zur Verbundenheit mit den Deutschen in der SBZ.	741
02. 12. 1955	Erklärung des Abg. Ollenhauer (SPD) Abg. Ollenhauer bedauert in seiner Auseinandersetzung mit der Regierungserklärung, daß die Bundesregierung im Jahre 1952 nicht den Versuch unternahm, die Möglichkeit einer tragbaren Lösung der Wiedervereinigungsfrage auf der Basis der sowjetischen Note vom 10. März zu untersuchen, und erklärt, die grundlegende These der bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung, daß die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO das wirksamste Mittel sei, die Sowjetunion zur Preisgabe der von ihr besetzten Zone Deutschlands zu zwingen, habe sich als falsch erwiesen. Ollenhauer spricht die Befürchtung aus, daß die Sowjetunion unter Umständen bereit sei, mit den nationalistischen Kräften zusammenzuwirken, betont die Kompliziertheit des deutschen Problems und schließt mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Abrüstungsfrage.	760
02. 12. 1955	Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer Bundeskanzler Adenauer erklärt in Erwiderung auf die Ausführungen Ollenhauers, es gebe für die Bundesregierung in der Frage der Wiedervereinigung keinen toten Punkt, und bezeichnet das Problem der deutschen Wiedervereinigung als ein Teilproblem der großen Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Freiheit.	772
02. 12. 1955	Aus der Erklärung des Abg. Kiesinger (CDU/CSU) Abg. Kiesinger gibt im Rahmen seiner Darlegungen die von den Koalitionsparteien vorgeschlagene EntschlieÙung bekannt.	774
02. 12. 1955	Aus der Erklärung des Abg. Becker (FDP) Abg. Becker spricht die Befürchtung aus, daß die russische Politik darauf ausging, in einer Vielzahl von Konferenzen über die Frage der Wiedervereinigung den guten Willen der Westmächte, Deutschland beizustehen, abzunutzen und die öffentliche Meinung der Westmächte, insbesondere in Frankreich und England, zu ermüden.	774

02. 12. 1955	Aus der Erklärung des Abg. Gille (GB/BHE) Abg. Gille setzt sich mit dem „Friedländer-Plan“ auseinander und vertritt die Ansicht, die Aushandlung des Friedensvertrages und die Bestimmung des völkerrechtlichen Status Gesamtdeutschlands sollte erst in Angriff genommen werden, wenn die Wiedervereinigung der vier Besatzungszonen Wirklichkeit geworden ist.	776
02. 12. 1955	Aus der Erklärung des Bundesministers von Brentano Bundesminister von Brentano nimmt einen Hinweis des Abg. Dr. Gille auf und betont, daß die Bundesregierung keinen Sowjetbürger an der Rückkehr in die UdSSR hindert.	777
02. 12. 1955	Abstimmung des 2. Deutschen Bundestages über die Regierungserklärung Die Mehrheit des Deutschen Bundestages stimmt dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DP zu.	777
09. 12. 1955	Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der „DDR“ über Bewachung und Kontrolle der Grenzen der „DDR“ Bekanntgabe über die am 1. Dezember 1955 erfolgte verantwortliche Übernahme der Bewachung und Kontrolle an den Staatsgrenzen der „DDR“ und am Außenring von Groß-Berlin.	778
14. 12. 1955	Schreiben des Botschafters der UdSSR in Berlin, Puschkin, an den Botschafter der Vereinigten Staaten in Bonn, Conant Botschafter Puschkin macht in Beantwortung des Schreibens vom 1. Dezember 1955 darauf aufmerksam, daß die „DDR“ auf Grund des Vertrages vom 20. September 1955 die Jurisdiktion auf ihrem Hoheitsgebiet voll und ganz ausübt.	779
15. 12. 1955	Kommuniqué über die Sitzung des Rates der Westeuropäischen Union (WEU) Die Übereinstimmung der der WEU unterbreiteten Militärpläne mit den Pariser Verträgen wird festgestellt.	780
16. 12. 1955	Kommuniqué über die 18. Tagung des Nordatlantikrates in Paris Der Rat stellt fest, daß die UdSSR den Vorschlag zurückgewiesen hat, über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen zu verhandeln, den von Präsident Eisenhower vorgeschlagenen Luftinspektionsplan abgelehnt und Bedenken gegen einen freien Austausch von Informationen zwischen den Völkern hat. Die Prüfung der Jahreserhebungen für 1955 und die Billigung der Planziele für 1956, 1957 und 1958 werden bekanntgegeben.	780
16. 12. 1955	Schreiben des Botschafters der Vereinigten Staaten in Bonn, Conant, an den Botschafter der UdSSR in Berlin, Puschkin Botschafter Conant erklärt, daß die Ansicht seiner Regierung über die Bindung der Sowjetunion an die Vier-Mächte-Abkommen hinsichtlich Deutschland und Berlin unverändert ist.	782
24. 12. 1955	Aus der Weihnachtsbotschaft des Papstes Pius XII. Papst Pius XII. äußert sich über Verwendung und Kontrolle von Kernwaffen und mahnt die Völker des Abendlandes, gegenüber den Forderungen der Gegenwart nicht passiv zu bleiben.	782
27. 12. 1955	Rundfunkansprache des Bundesministers Kaiser: Das zweite Jahrzehnt der deutschen Teilung Bundesminister Kaiser erinnert an den Beginn des zweiten Jahrzehnts der deutschen Teilung und das Schicksal der 17 Millionen Deutschen in der SBZ.	785
29. 12. 1955	Aus der Erklärung des Ersten Sekretärs der KPdSU, Chruschtschow, vor dem Obersten Sowjet der UdSSR Chruschtschow greift die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland an und betont den Vorrang der Sicherheitsfrage vor dem Problem der Wiedervereinigung Deutschlands.	787
29. 12. 1955	Kommuniqué über die Besprechung zwischen den Regierungen der UdSSR und der „DDR“ in Moskau Zusammenfassender Bericht über den Verlauf der Verhandlungen und Beratungsergebnisse.	791
31. 12. 1955	Aus der Neujahrsbotschaft des Präsidenten der „DDR“, Pieck Pieck erklärt, das Jahr 1955 habe der „DDR“ die völkerrechtliche Anerkennung ihrer Souveränität und die vertragliche Garantie ihrer nationalen Unabhängigkeit gebracht. Er verweist auf den Plan eines gesamtdeutschen Rates und fordert das Zusammenwirken der organisierten Arbeiter der „beiden deutschen Staaten“.	792

#### ANHANG

Wohnbevölkerung der sowjetischen Besatzungszone und Ost-Berlins 1950, 1954 und 1955	797
Wanderungsbewegung zwischen dem Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) und der sowjetischen Besatzungszone einschließlich Sowjetsektor von Berlin 1955	798
Die Fluchbewegung aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin 1949-1955	799
Außenhandel der sowjetischen Besatzungszone 1950, 1954 und 1955	800